

# Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 13.

Berlin, den 24. Juni 1917.

12. Jahrgang.

## Ein gemäßigtes und staatskluges Aktenstück.

Berlin, 18. Juni 1917.

Das regierungssozialistische Zentralorgan veröffentlichte gleichzeitig mit dem „Berliner Tageblatt“ in seiner Nummer vom Sonnabend, den 16. Juni, ein umfangreiches Dokument, das die Antwort der deutschen regierungssozialistischen Vertreter auf die Fragen des skandinavisch-holländischen Komitees in der Friedenssache enthält. Der „Vorwärts“ nennt dieses Memorandum ein „Dokument von geschichtlicher Bedeutung“ und müht sich ab, das papierne Ergebnis der ersten Stockholmer Vorbesprechungen als das einzige und eherne Fundament des Weltfriedens zu preisen. Er drückt daher auch geschmeichelt das Urteil eines schwedischen bürgerlichen Blattes ab, das das akademische Friedensziel-Programm der David, Scheidemann usw. als ein „gemäßigtes und staatskluges Aktenstück“ bezeichnet.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die alldeutsche Presse aller politischen Schattierungen entschieden Front gegen dieses Aktenstück macht. Die Verfasser eines Zerschmetterungs- und Eroberungsfriedens wollen grundsätzlich nichts von einer Verständigung der Völker auf Grundlage eines Friedensvertrages, der Annexionen, Kriegsschädigungen und Vergewaltigung anderer Völker ausschließt, wissen. Der Macht und dem Einfluß dieser Kreise kann aber nur entgegengewirkt werden, wenn ihr Widerpart mit der gleichen Entschiedenheit, Klarheit und Ehrlichkeit für einen Verständigungsfrieden und für dauernde Garantien eines Weltfriedens eintritt. Das ist aber nicht der Fall, auch nicht bei unseren regierungssozialistischen. Daher ist ihr Friedensprogramm zunächst nur ein unverbindliches Stück Papier, ein Wechsel auf die Zukunft, auf dessen Einlösung man gespannt sein muß. Vorläufig können sich die Herren Scheidemann usw. der wohlwollenden Zustimmung des „Berliner Tageblattes“ und einiger anderer ihnen nahestehender Kreise erfreuen. Sogar der ehemalige Unterstaatssekretär der Kolonien, Herr Dernburg, hat ihrem Memorandum einen freundlichen Artikel gewidmet, aber Gönner wie Begünstigte haben sich bis jetzt in der Friedensfrage nicht viel mehr als schöne Deklamationen geleistet. Es ist daher kein Wunder, wenn selbst bürgerliche Vorkämpfer für einen Verständigungsfrieden das David-Scheidemannsche Friedensprogramm mit recht kritischen Augen ansehen. So schreibt Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag“, daß dem besagten Programm doch „noch etwas mehr internationale Objektivität“ zu wünschen wäre, ja, daß es an manchen Stellen „mehr Regierungskundgebung als internationales Dokument“ sei. Daß wir als unabhängige Sozialdemokraten diesem „gemäßigten und staatsklugen“ Dokument erst recht kritisch gegenüberstehen müssen, ist da nur zu begreiflich.

Für den einfachen Arbeiterleser, der sich in dem vielverschlungenen Dumm und Dran der Stockholmer Verhandlungen kaum zurecht finden kann, sei, um weitverbreiteten, irrtümlichen Auffassungen entgegenzutreten, zum Verständnis des regierungssozialistischen Friedensprogramms folgendes festgestellt: Die eigentliche und ausschlaggebende Konferenz hat überhaupt noch nicht begonnen, ihr Zeitpunkt steht zurzeit nicht einmal fest. Wahrscheinlich wird die Konferenz, die ursprünglich von einem skandinavisch-holländischen Komitee einberufen war, vereinigt werden mit einer vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat geplanten internationalen Konferenz. Alles, was bis jetzt in Stockholm besprochen und mitgeteilt worden ist, hat den Charakter unverbindlicher Vorberatungen, soll dem skandinavisch-holländischen Komitee Informationsmaterial liefern. Zu diesem Zwecke hat das Komitee einen umfang-

reichen Fragebogen aufgestellt, zu dem sich die Vertreter der einzelnen nationalen Gruppen zu äußern haben. Das Memorandum der deutschen regierungssozialistischen ist die Antwort auf den Fragebogen, nachdem vorher schon die Ungarn, die Bulgaren und die Deutsch-Oesterreicher geantwortet hatten. Die Vertreter der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie reifen erst im Laufe dieser Woche nach Stockholm, ihre Antwort wird also erst später bekannt gegeben werden.

Es sei dahingestellt, ob die Fragestellung des skandinavisch-holländischen Komitees den Erwartungen Rechnung trägt, die große Massen des internationalen Proletariats auf Stockholm setzen, ob nicht allzuviel Nachdruck gelegt worden ist auf weltpolitische Einzelfragen nach Friedensschluß, statt auf Betonung der Fragen nach den Möglichkeiten eines baldigen Friedensschlusses. Denn daß bei den Völkern weit über das Proletariat hinaus der Wunsch nach einem baldigen Frieden mindestens ebenso brennend ist, wie der Wunsch nach einem dauernden Frieden, bedarf gar keiner Frage. Das skandinavisch-holländische Komitee, dessen leitende Männer, wie der Holländer Troelstra, der Schwede Branting und der Däne Stauning, das Schergewicht einer proletarischen Politik in der parlamentarischen Betätigung und in diplomatischer Staatsmannsfunktion erblicken, hat es durch seine Fragestellung den regierungssozialistischen leicht gemacht, langatmige theoretische Abhandlungen über weltpolitische und weltwirtschaftliche Probleme der Zukunft niederzuschreiben, über die praktischen Aufgaben aber zu einer schnellen Herbeiführung des Friedens leicht und mit unverbindlichen Redensarten hinwegzuleiten.

Von dieser Möglichkeit haben die David, Scheidemann in ihrem Memorandum denn auch sehr reichlich Gebrauch gemacht. Wir unterschätzen die Bedeutung einer theoretischen Klärung der Probleme, die der Weltkrieg auf wirtschaftlichem, politischem, sozialem und kulturellem Gebiete aufgerollt worden sind, keineswegs. Aber alle Theorie über die Möglichkeiten eines künftigen, dauernden Weltfriedens muß unfruchtbar bleiben, wenn der Weltkrieg noch lange weitertoben kann, wenn jeder Tag neue Opfer kostet und neue Umwälzungen der Weltlage bringt. Die Vertreter des internationalen Sozialismus haben also die Pflicht, in erster Linie mit allen Mitteln auf Beendigung des Völkerringens hinzuwirken, daneben braucht dann die theoretische Verständigung über die künftige Weltgestaltung nicht zu kurz zu kommen. Die deutschen regierungssozialistischen haben es aber gerade umgekehrt gemacht, was nach ihrer bisherigen Haltung nur zu begreiflich ist.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der geistige Vater des regierungssozialistischen Memorandums Herr David ist, dieser sozialdemokratisch überfärbte deutsch-nationale Oberlehrer der neben Stämpfer schon während des ganzen Krieges der Inspirator und geistige Berater des Parteivorstandes war. Daher kommt es auch, daß das Dokument, wie Herr v. Gerlach sehr richtig sagt, internationale Objektivität vermissen läßt und an manchen Stellen wie eine Regierungskundgebung wirkt. Damit verliert das Memorandum auch den Wert, den es nach dem „Vorwärts“ haben soll: eine Grundlage für die kommenden Friedensverhandlungen zu bilden. Wenn wir auch manchen im Memorandum enthaltenen Einzelfragen zustimmen können, so kann das nicht seinen Hauptfehler übersehen lassen, der darin besteht, daß über die schnelle Herbeiführung des Kriegsendes und die tatsächliche Verwirklichung eines dauernden Weltfriedens nichts gesagt wird. Dabei müssen sich die Herren um Scheidemann selbst von einem bürgerlichen Pazifisten, wie Herrn v. Gerlach, sagen lassen: „Kein moderner Staat kann wider den Willen seiner Arbeiter Krieg führen.“

Doch wir tun vielleicht den Herren regierungssozialistischen Unrecht. Heißt es doch in ihrem Memorandum: es müßten „die sozialistischen Parteien mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft wie auf ihre Regierungen so auch auf die Parlamente im Sinne der baldigen Herbeiführung des Friedens wirken“. Verbunden wird diese stolze Forderung mit dem zum so und sovielen Male wiederholten Hinweis, daß die deutsche Sozialdemokratie von jeher in diesem Sinne Friedensarbeit geleistet und in stetem Kampfe mit den deutschen Imperialisten gestanden habe.

Es trifft sich gut, daß zur selben Zeit, in der das staatskluge, regierungssozialistische Dokument in die Welt ging, die „Leipziger Volkszeitung“ in zwei Nummern aufdecken konnte, wie es um die regierungssozialistische Friedensarbeit in Wahrheit bestellt ist und wie die lauten und pharisäischen Friedensdeklamationen nach außen begleitet wurden von einer energischen Arbeit gegen den Frieden hinter den Kulissen der Fraktion. Wir raten unseren Genossen und Genossinnen dringend, die Ausführungen in der „Leipziger Volkszeitung“ recht eifrig zur Kenntnis der Arbeiter zu bringen, damit sie auf die mit allem Tamtam entfaltete regierungssozialistische Friedensreflexe nicht hineinfallen.

Man kann überhaupt nicht genug die Eifernstirngkeit der führenden regierungssozialistischen den Arbeitern zum Bewußtsein bringen. Haben diese sich doch sogar dazu verfliegen, den Sieg der russischen Revolution sei einzig und allein das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, ohne die Scheidemann, Legien usw. wäre der Jar in Berlin eingezogen. Eine solche Geringschätzung des Denkmögens der deutschen, politisch geschulten Arbeiterschaft ist wohl noch niemals dagewesen. Daneben verrät solche Großsprecherei einen unglaublichen Tiefstand sozialdemokratischer Einsicht in die politischen, sozialen und militärischen Triebkräfte des Weltkrieges. Wir sind überzeugt, daß die Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatenrates in Stockholm auf diese Renommisterei der deutschen regierungssozialistischen die gebührende Antwort geben werden.

Ebenso wird die „unermüdlige Friedensarbeit“ der regierungssozialistischen durch die Tatsache illustriert, daß die J. K. seit Jahr und Tag die Verheerung der Internationale systematisch betreiben konnte. Eine wütende Kampagne wurde von der J. K. besonders gegen den Schweden Branting geführt, dem jetzt die regierungssozialistische Presse Loblieder singt. Demselben Branting, gegen den noch vor wenigen Wochen Herr Südekum vom Leder zog und ihm im Scherlschen „Tag“ der schwedischen Regierung denunzierte: sie solle ihn auf Grund eines alten schwedischen Gesetzes wegen Verletzung der Neutralität hinter Schloß und Riegel stecken. Wir haben nicht davon gehört, daß der Parteivorstand öffentlich gegen diese Proben „unermüdliger Friedensarbeit“ Front gemacht hätte. Er hat auch geschwiegen, als die Herren Göhre und Reus just zur selben Zeit, in der Herr David sein Friedensmemorandum fabrizierte, dagegen ankämpften, daß nur ja nicht der internationale Friedensgedanke zu stark betont werde. Macht doch Herr Reus in den „Sozialistischen Monatsheften“ sogar Front gegen „das Uebermaß moralischer Entrüstung über den Krieg“. Für einen Sozialdemokraten und ehemaligen Theologen eine recht nette Leistung.

Hier ist der Punkt, wo der Konflikt innerhalb der deutschen Sozialdemokratie Bedeutung gewinnt für die Verhandlungen der Internationale in Stockholm. Die Berufung auf die „unermüdlige Friedensarbeit“ der offiziellen Partei muß hier als leere Deklamation entlarvt werden. Denn



der regierungssozialistische Parteivorstand hat alle Hekereien seiner Freunde, alle imperialistischen Seitensprünge der Lensch, Cohen, Quessel, Cunow usw. in der „Globe“, den „Sozialistischen Monatsheften“ usw. geduldet. Mit dem Hinweis auf das Recht der Meinungsfreiheit darf er dabei nicht kommen. Denn wo war dieses Recht, als die Opposition die Friedensforderungen aufstellte, die heute von den Regierungssozialisten nachgebetet und als eigenes Geistesprodukt hingestellt werden. Nein, gegen die Opposition ist man mit allen Gewaltmitteln vorgegangen und hat sie aus der Partei gedrängt. Die väterliche Milde gegen Sozialpatrioten und Sozialimperialisten auf der einen, die brutale Unterdrückung der wirklich internationalen Opposition auf der andern Seite muß in Stockholm den wahren Charakter regierungssozialistischer Friedensarbeit zum Bewußtsein aller Vertreter der Internationale bringen. Damit erhält das gemäßigste und staatskluge Dokument der David und Scheidemann auch die ihm gebührende Bedeutung. An den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie aber wird es sein, eine bessere Grundlage für die Herbeiführung eines schnellen und dauernden Friedens zu schaffen.

Das regierungssozialistische Memorandum enthält eine ganze Anzahl schön klingender Stellen über „offene Tür“, „Freiheit des Meeres“, Gleichberechtigung der Völker in bezug auf Rohstoffe, Einfuhr, alles Dinge, die sicherlich in den Rahmen einer sozialdemokratischen Weltpolitik gehören und dem internationalen Warenaustausch friedliche Bahnen schaffen können. Es ist daher ganz in der Ordnung, wenn die Vertreter der Sozialdemokratie in Stockholm sich mit aller Schärfe gegen einen Wirtschaftskrieg nach dem Völkergemeindegewalt wenden. Aber auch hier tritt die Zweispieltätigkeit der regierungssozialistischen Friedensarbeit deutlich in Erscheinung. Herr Dernburg meint in seinem eingangs erwähnten Artikel mit Recht, daß diese Stellen im David-Scheidemannschen Memorandum sich gegen die Pariser Wirtschaftskonferenz wende, d. h. gegen die Pläne der Ententeländer, die Mittelmächte nach dem Kriegsende wirtschaftlich zu boykottieren.

Gegen solche Pläne hat die internationale Sozialdemokratie natürlich Front zu machen. Aber wir Sozialdemokraten dürfen doch nicht vergessen, daß vor der Pariser Wirtschaftskonferenz in Deutschland und Oesterreich jene leidenschaftliche Agitation stattfand, die unter der Parole „Mitteleuropa“ eine starre wirtschaftliche und politische Absonderung der heute verbündeten Mittelmächte nebst Bulgarien und der Türkei nach dem Kriege erstrebte. Statt einer alle Länder umfassenden überstaatlichen Organisation, die allein den uneingeschränkten Kulturaustausch aller Völker gewährleisten kann, sollte Mitteleuropa mit Zollschranken und Bajonetten von der übrigen Welt abgesperrt werden und sich selbst wirtschaftlich und politisch genügen. Die Schützengräben, die heute Europa durchfurchen, sollten nach Kriegsende an den Grenzen dieses erstrebten Mitteleuropas zu einer dauernden Einrichtung werden. Die eifrigsten Agitatoren für diese Art Wirtschaftskrieg waren aber, neben Herrn Friedrich Naumann und dem österreichischen Sozialdemokraten Renner, der Vorstand der deutschen regierungssozialistischen Partei und die Gewerkschaftsführer, die die Partei schon gewissermaßen auf diese Absonderungspläne festgelegt haben. Wer dann dagegen opponierte, wurde hohnlachend auf die Seite geschoben. Jetzt machen dieselben Herren in ihrem staatsklugen Dokument Front gegen den Wirtschaftskrieg, ihre mitteleuropäischen Absperrungspläne haben sie aber bis heute noch nicht widerrufen. Sie bestehen also noch zu Recht. Kann da die Internationale an die Ehrlichkeit des Memorandums der Regierungssozialisten glauben, kann dieses Dokument wirklich die Grundlage einer fruchtbaren Friedensarbeit sein? Oder werden die Herren David, Scheidemann usw. ihre früheren Irrtümer eingestehen? Nach alledem, was wir bisher erlebt haben, glauben wir nicht an eine Einkehr und Umkehr. Auch hier wird es Pflicht der Unabhängigen Sozialdemokratie sein, in Stockholm den ehrlichen und unzweideutigen Verständigungswillen der wahren deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen.

## Weihrauch für die Scheidemannier.

Zum Stockholmer Memorandum der Regierungssozialisten schreibt die J. R. u. a.:

„Diese deutsche Denkschrift an die Internationale ist — das werden viele selbst von denen anerkennen, welche die deutschen Vertreter nicht ohne Sorge den schweren Gang zu einer Körperschaft antreten sahen, deren Vorsitz Branding führt — ein ganz hervorragendes Meisterwerk geworden. Trefflich ist der deutsche Standpunkt, trefflich der heiße Friedenswille, trefflich die internationale Gesinnung herausgearbeitet und in den notwendigen Schlussfolgerungen dargestellt.“

So hat die deutsche Delegation in Stockholm sich zum Ausdrucksmittel unserer tiefen Friedenssehnsucht und reinen internationalen Gesinnung gemacht.

Gleichzeitig mit dieser Friedensfundgebung hat die deutsche Regierung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Schritt weiter getan, sich dieses sozialistische Friedensprogramm zu eigen zu machen. (Siehe Wochenschau d. Nummer. Die Red. d. M.)

Zwei neue mächtige Aufrufe zum Frieden, zwei neue Bekenntnisse zur Vernunft und zur Völkerverständigung sind von Deutschland ausgegangen. Ihre Wirkung müssen wir abwarten. Wo immer ehrlicher Friedenswille herrscht, wird er sich leicht an sie anschließen können. Wir hoffen zuversichtlich, daß der ruhigen einsichtigen Sprache und dem klaren auf unerschütterliche Kraft gestützten Friedenswillen Deutschlands es endlich gelingen wird, die feindlichen Regierungen oder Völker für den Gedanken der Verständigung zu gewinnen. Einstweilen danken wir der deutschen Delegation in Stockholm für ihr mühevolltes Arbeiten und ihre wertvolle Leistung.“

Das schreiben dieselben Leute, die noch einige Tage zuvor sich in einer Polemik mit der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Sätze geleistet haben:

„Die deutsche Sozialdemokratie arbeitet nur für einen deutschen Sieg und für nichts anderes. Sie hält einen deutschen Sieg auch keineswegs für Narrheit, sondern als das Beste daran.“

Wenn wir aber heute weiter kämpfen müssen, dann geschieht es deshalb, weil wahrscheinlich noch eine ganze Anzahl deutscher Siege notwendig sein werden, ehe die Feinde ihre Verschmetterungsgelüste aufgeben. Und für diese Siege der deutschen Nothwehr arbeitet die deutsche Sozialdemokratie nun schon in drei schweren Jahren mit voller Kraft mit.“

So sieht in Wirklichkeit die „tiefe Friedenssehnsucht“ und „eine internationale Gesinnung“ der Trabanten um die Ebert, Scheidemann, David usw. aus.

## Wochenschau.

Vom 13.—19. Juni 1917.

An Kriegseignissen ist zwar aus der verflochtenen Woche keine große Massenspektakel zu berichten, wohl aber nahmen die Kampfhandlungen eines erbitterten Stellungskrieges, vor allem an der Westfront, ihren Fortgang. Jeder Tag brachte Meldungen von Trommelfeuer, Minensprengungen, Luftkämpfen, Gefechten von Sturmtruppen und Erkundungsabteilungen, die in ihrer Summierung ein reiches Maß von Opfern an Blut und Material darstellten. Ähnlich war der Wochenverlauf auch an der italienischen Front. Auf dem Balkan sahen sich englische Truppen des Generals Sarrail genötigt, das linke Strumanser zu räumen. Wie bei allen Rückzügen der Kriegführenden, so wurden auch hier die aufgegebenen Geländestücke gründlich verwüstet und die Dörfer usw. zerstört. — In der vergangenen Woche erfolgten mehrere Luftangriffe auf England, die London und südenglische Hafenstädte zum Ziele hatten.

Die Besetzung der Stadt Janina im Epirus durch die Italiener steht in engem Zusammenhange mit dem Vorgehen der Entente gegen Griechenland. Der griechische König mußte abdanken, weil seine Haltung die strategische Verbindung mit der Armee Sarrails erschwerte, die auch die griechische Ernte mit Beschlag belegen wollte. Jetzt sind französische Truppen in Thessalien eingerückt, und auch die Landenge von Korinth ist von der Entente militärisch besetzt. Dafür soll aber jetzt die über Griechenland verhängte Blockade aufgehoben werden.

Das Ausland stand in der vergangenen Woche im Zeichen von Kriegsziel-Kundgebungen, die ihren Widerhall auch im Inlande fanden. All diese Kundgebungen haben die alte Tatsache erneut bestätigt, daß die kapitalistischen Regierungen Kriegsziele erstreben, die das Völkergemeindegewalt noch auf lange hinaus andauern lassen würden. Daß wir internationale Sozialisten gegen solche zum völligen Verbluten der gesamten Kulturlust führenden Pläne Front machen müssen, ist selbstverständlich. Schlimm ist nur, daß sich immer wieder zeigt, daß die Regierungssozialisten aller Länder auch jetzt noch ihren Regierungen beispringen und in ihrer parlamentarischen Praxis all das bewilligen, was die Regierungen zur Fortsetzung des Krieges brauchen. So haben die französischen Sozialisten der Regierung, die ihnen die Pässe

nach Stockholm verweigert, in dieser Woche das Kriegsbudget für die nächsten drei Monate bewilligt. Nur die französischen Zimmerwalder haben dagegen gestimmt, während sich eine Anzahl Minderheitssozialisten der Abstimmung enthielt. — Der Stämpfer-„Vorwärts“ registriert diese Abstimmung mit einem gewissen Behagen, haben doch dadurch die deutschen Regierungssozialisten bei der Juli-Tagung des Reichstages einen billigen Vorwand, es ihren französischen Gesinnungsgenossen gleichzutun. Freilich wäre das die beste Illustration zu ihrem schönen Stockholmer Memorandum. Aber sie werden, ebenso wie es Renandel in der französischen Kammer getan hat, zum so und sovielten Male eine schöne, platonische Erklärung von Stapel lassen und damit ihr Gewissen beruhigen. Renandel sprach sich mit allgemeinen Wendungen gegen eine Eroberungspolitik aus, verlangte aber natürlich die Rückgabe von Elsass-Lothringen.

Herr Ribot hat in der französischen Kammer wieder sein altes Lied von der Wiedereroberung Elsass-Lothringens, von „Wiederherstellung“ und „Entschädigung“ gesungen. Auch den Gewaltstreich der Entente gegen Griechenland hat er mit allerlei leeren Redensarten beschönigt. Man sollte nachgerade meinen, daß kein denkender Mensch irgendeines Landes das Verbrechen von „Befreiung“, „Kulturmission“ usw. aus dem Munde der Staatsleiter der kriegführenden Länder noch ernst nimmt angesichts der brutalen Todsünden, die sich in drei Jahren auf allen Seiten zu einem vernichtenden Anlagematerial angehäuft haben.

Herr Wilson zeigt sich immer mehr als das, was er für uns internationale Sozialisten von jeher gewesen ist, — als der politische Geschäftsführer des amerikanischen Kapitalismus. Er hat in einer Rede noch einmal ungefähr dieselben Gedankengänge entwickelt, die wir in der vorigen Nummer aus seiner Rede an den russischen Arbeiter- und Soldatenrat wiedergegeben haben. Er behauptete von neuem, daß Amerika sich nicht gegen das deutsche Volk, wohl aber gegen die deutschen militärischen Machthaber usw. wende.

Die erwähnte Rede Wilsons hat auch eine halbamtliche Erklärung der deutschen Regierung veranlaßt. Dieser Tage brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ längere Ausführungen, in denen Wilsons Behauptungen im einzelnen zerlegt wurden. Das Blatt der deutschen Regierung legte Nachdruck auf den Satz, der für uns etwas mehr bedeutet als eine polemische Nebensendung des Regierungsorgans gegen Herrn Wilson. Den von Wilson angeforderten imperialistischen Plänen Deutschlands, die mit der Formel Berlin-Bagdad gekennzeichnet werden, wurden von der „Norddeutschen“ die Aufteilungspläne der Entente, die sich auf Vorderasien, den Balkan, Oesterreich-Ungarn usw. erstrecken, gegenübergestellt. Die kriegführenden Regierungen haben es ja so leicht, Anschuldigungen der feindlichen Regierungen mit Vorwürfen gleicher Art zu beantworten. Besonders beachtenswert war aber in dem Artikel des deutschen Regierungsblattes, daß darin Rußland erneut ein recht deutliches Angebot eines Sonderfriedens gemacht wurde.

Die Antworten, die darauf aus Rußland kamen, sowohl von Vertretern der provisorischen Regierung, wie vom Arbeiter- und Soldatenrat, können aber gar keinen Zweifel daran lassen, daß das revolutionäre Rußland keinen Sonderfrieden mit Deutschland haben will, sondern an der Forderung eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und ohne Entschädigungen festhält. Ebenso wie die Entente-Regierungen sich daher wohl oder übel zu einer gründlichen Revision ihrer Kriegsziele werden entschließen müssen, so wird auch die deutsche Regierung ihr Angebot auf einen Verständigungsfrieden nicht mehr bloß an die Adresse Rußlands zu richten haben.

Die Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland sind in diesen Tagen zu einem allrussischen Kongress in Petersburg zusammengekommen. — Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hat den regierungssozialistischen Entente-Ministern, die das revolutionäre Rußland an seine Verbündetenpflichten mahnen sollten, eine recht kräftige Absage zuteil werden lassen. Ein Satz in der russischen Antwort verdient besonders bei allen Sozialisten Beachtung, der Satz, die Sozialisten müssen „Vertreter einer einzigen Bewegung der Arbeiterklasse für das gemeinsame Ziel: einen allgemeinen Frieden“ sein. Dem internationalen Regierungssozialismus wird es freilich schwer fallen, dieser selbstverständlichen Forderung nachzukommen. — Einen großen sozialistischen Sieg haben die Stadtratswahlen in Rußland gebracht. Die bürgerlichen Parteien blieben in einer hoffnungslosen Minderheit. Einen interessanten Einblick in das Stärkeverhältnis der einzelnen sozialistischen Richtungen gewährt das Petersburger Wahlergebnis: die extrem-radikale Linkspartei er-



hielt 117 000 Stimmen, während die übrigen sozialistischen Richtungen 508 000 Stimmen auf sich vereinigten.

In England ist die Regierung den Irländern insofern entgegengekommen, als sie allen bei den letzten Aufständen Verurteilten volle Amnestie zuteil werden ließ.

In Oesterreich hat der Nationalitätenstreit schon nach wenigen Wochen die Stellung des Ministeriums Clem-Martinicz erschüttert. Neben den Tschechen und Südslaven drohten auch die Polen mit einer Verweigerung des Budgets. Wie scharf die nationalen Gegensätze im Reichsrat aufeinanderplagten, beweist der gemütvoller Zwischeneinruf eines deutsch-radikalen Abgeordneten, der einem slavischen Redner, der sich über die vielen Hinrichtungen in Galizien beschwerte, zurief: „In Galizien sind noch viel zu wenig hingerichtet worden.“ — Jetzt, da diese Reilen geschrieben werden müssen, verlautet, daß für Oesterreich ein parlamentarisches Ministerium gebildet werden solle, in dem alle großen Parteien des Reichsrates vertreten sein würden.

In Dänemark hat der sozialistische Minister Stauning schwere Angriffe der Konservativen über sich ergehen lassen müssen wegen seiner Betätigung im skandinavisch-holländischen Komitee der Stockholmer Konferenz. Es wurde ihm Verletzung der dänischen Neutralitätspflicht vorgeworfen. Der „Vorwärts“ legt sich sehr für Stauning ins Zeug, wie auch Stauning jederzeit in freundschaftlichen Beziehungen zu den deutschen Regierungssozialisten gestanden hat. In seinem ehrlichen Friedenswillen zu zweifeln haben wir keine Ursache, desto mehr aber an seiner Objektivität. Er und seine Freunde sind oft in Berlin gewesen, haben es aber immer ängstlich vermieden, mit Vertretern der deutschen Opposition in Verbindung zu kommen und sich über die Zustände und Politik der deutschen Partei ein objektives Urteil zu bilden. Es ist daher auch kein Wunder, daß der Kopenhagener „Sozialdemokraten“ das einzige Organ der sozialistischen Internationale war und noch ist, das den Scheidemannern fortgesetzt Beifall spendete. —

Ein peinlicher und in seinen Einzelheiten zurzeit noch nicht völlig geklärter Zwischenfall wird aus Russland gemeldet. Der Schweizer Nationalrat Grimm, der Vorsitzende des Zimmerwalder Internationalen Sozialistischen Komitees, ist aus Petersburg ausgewiesen worden. Er hatte die russischen Emigranten, die in der Schweiz lebten, nach dem Siege der Revolution auf der Reise über Deutschland begleitet. Jetzt wird er beschuldigt, ein Agent der deutschen Regierung zu sein. Ein Schriftstück der Schweizer Regierung an den Schweizer Gesandten in Petersburg, nach dem Grimm in Sachen eines deutsch-russischen Sonderfriedens Schritte unternommen haben soll, wurde im Stockholmer „Sozialdemokraten“ veröffentlicht. Eine Äußerung Grimms in dieser Angelegenheit liegt noch nicht vor. Sein Blatt, die „Berliner Tagwacht“, bezeichnet die Behauptung, Grimm sei ein Agent der deutschen Regierung, als einen frechen Schwindel.

Im Inlande hat die vergangene Woche zwei hochwichtige Erscheinungen gebracht, die aber im größten Teil der Presse unter der Hochflut von sich ewig wiederholenden Kriegsnachrichten verschwanden, obwohl sie das Lebensinteresse breiter Schichten des Volkes betreffen. Zunächst hat das Kriegsbernhaltungsamt bekanntgegeben, daß die Kartoffelration von fünf Pfund — die für viele auch nur auf dem Papier stand — auf zwei Pfund herabgesetzt, und daß die Ersparung an Brot und Mehl ebenfalls gemindert werde. Was diese Verminderung der notwendigen Lebensmittel für kinderreiche Arbeiterfamilien bedeutet, braucht unseren Lesern nicht erst gesagt zu werden. „Das einzige Arbeiterblatt Berlins“, der regierungssozialistische „Vorwärts“, hat es denn auch an Worten der Entrüstung über diese Maßnahme nicht fehlen lassen. Und was er über den Wert von Regierungsversprechungen gesagt hat, ist sicherlich berechtigt. Aber das Stampfer-Blatt hat nur eins vergessen: Denselben Kurzwert wie die Regierungsversprechungen haben die Versprechungen und Bürgschaften der Gewerkschafts- und Parteiführer und die Beschwichtigungsartikel und Notizen des — „Vorwärts“, mit denen die Arbeiterschaft nach dem 16. April überschwemmt wurde. Wir können den Arbeitern gerade jetzt die nochmalige Lektüre dieser Kundgebungen der Gewerkschafts- und Parteiprüden nicht dringend genug empfehlen.

Die zweite bedeutsame Erscheinung steht im Zusammenhang mit der Lage der Kriegsbeschädigten, deren Zahl nach drei Kriegsjahren erschreckend hoch ist und noch täglich anschwillt. Das

amtliche Volkliche Telegraphenbureau brachte dieser Tage eine Meldung, in der gesagt wurde, daß viele Empfänger von Kriegsrenten, die angesichts der jetzigen Lebensverhältnisse ganz unzureichend sind, bittere Not leiden. Darum solle die öffentliche Wohltätigkeit in die Bresche springen, den Kriegsbeschädigten solle durch Almosen geholfen werden. Es ist zurzeit nicht möglich, die Bedeutung dieser offiziellen Wohltätigkeitspropaganda in das rechte Licht zu stellen. Nicht Almosen haben die Opfer des Weltkrieges zu empfangen, sie haben vielmehr das Anrecht auf auskömmliche Unterstützung durch den Staat. Bei etwas mehr Energie und Weitblick hätte die Sozialdemokratie schon seit langem eine durchgreifende Versorgung der unglücklichen Kriegsoffer und ihrer Familien erkämpfen können, wenn ihre burgfriedliche Erschlaffung sie nicht bloß zu schönen Worten und papierernen Forderungen fähig gemacht hätte.

Der preussische Kultusminister hat einen Erlaß an die Schulbehörden gerichtet, nach dem die Kinder in den Schulen auf die „feindlichen Agenten“, die im Inlande Unzufriedenheit zu säen suchen, aufmerksam gemacht und entsprechend belehrt werden sollen. Damit ist der politischen Weisheit und den politischen Sympathien und Antipathien der Lehrer und Lehrerinnen wieder ein neues und ergiebiges Arbeitsfeld erschlossen. Das Kapitel der Schul-Kriegsständen erhält damit ein neues Blatt. Nach dem, was wir an Schulaufsätzen 10- und 12-jähriger Arbeiterkinder über den verschärften U-Bootkrieg, den Streik der Mühlungsarbeiter, die Herabsetzung der Brot ration ufm. zu Gesicht bekommen haben, kann man sich bei dieser „Belehrung“ über die Agenten des Auslandes auf nette Dinge gefaßt machen.

Als Antwort an Herrn Ribot ist eine Rede aufzufassen, die dieser Tage der Präsident des elsass-lothringischen Landtages, Dr. Adlin, hielt. Darin wurde mit allem Nachdruck betont, daß Elsass-Lothringen deutsch bleiben wolle, daß es aber das Kriegsziel der im deutschen Heere kämpfenden Elssässer sei, Gleichberechtigung und Gleichstellung mit den anderen deutschen Bundesstaaten zu erlangen.

Der zur Fortschrittspartei gehörende Pfarrei Traub hat in Dresden eine alldeutsche Annexionsrede gehalten, in der er dem fanatistischsten Vorkämpfer der alldeutschen Verschmetterungskrieger, dem Grafen Reventlow ein Loblied sang. Es ist überhaupt charakteristisch, daß man unter den Anrufen des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“ eine stattliche Anzahl von Theologen und „Dienern vom göttlichen Wort“ findet.

Ein anderer rabiatere Alldeutscher, ein Professor Schmidt-Wiebichenstein, hat in seiner „Politisch-anthropologischen Monatschrift“ gegen einen Verständigungsfrieden gewettert und der Regierung mit dem terror teutonicus, der deutschen Volkswut, gedroht, wenn ein solcher Friede zustande käme. In dem Artikel des Wiebichensteiner Herrn Schmidt findet sich folgende Stilblüte:

„Ein paar Maschinengewehre in der Hand absolut zuverlässiger Leute — und die finden sich bei uns unter allen Umständen noch — würden genügen, um auch die größten Massenansammlungen in den Großstädten mit Leichtigkeit auseinanderzusprengen.“

Wenn es sich nicht um das Blut der eigenen, ohne ihre Schuld von der Regierung mißleiteten und von ausländischen Agenten irreführten Volksgenossen handelte, dann könnte ein Vaterlandsfreund fast wünschen, daß solche Straßengewaltverfuche gemacht würden; denn dann würde, mühte endlich, endlich eine andere, willenskräftige, entschlußfähige Regierung die an der Erde schleifenden Zügel ergreifen und die inneren wie die äußeren Angelegenheiten, die ja beide miteinander auf das Innigste zusammenhängen, im nationalen — nicht internationalen — Interesse lenken und leiten.“

Die äußeren Kriegsziele unserer Alldeutschen dürften unseren Lesern zur Genüge bekannt sein. Ihre inneren Kriegsziele wurden kürzlich in der „Deutschen Tageszeitung“ auf eine recht einfache und lehrreiche Formel gebracht. Sie heißt:

„Wollen wir nicht die Errichtung der im Kriegsfelde besetzten Ententeherreschaft im Innern Deutschlands dulden, so müssen wir uns mit aller Entschlossenheit den demokratischen Wünschen der Massen und deren Billigung von seiten einer mattheisartigen politischen Bureaukratie widersetzen.“

Sorgen wir dafür, daß den Massen dieses Kriegsziel recht gründlich bekannt wird, und daß Massen und Führer dem mit gleicher Entschlossenheit ihr Kriegsziel entgegensetzen: für Frieden, für Demokratie und Sozialismus.

## Politische und soziale Forderungen des Frauen-Reichsausschusses.

In seiner Konferenz vom Sonntag stellte der Frauen-Reichsausschuß folgende Forderungen auf:

Der Frauen-Reichsausschuß der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands erklärt seine Entschlossenheit, mit äußerster Energie für einen Frieden der Völkerverständigung, für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung wirken zu wollen. Er reklamiert aber auch das Recht für die Frauen, an den Friedensbedingungen mitzuwirken, die für die kulturelle Entwicklung, für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Völker von bestimmendem Einfluß sind. Neben den großen politischen Forderungen, wie z. B. der allgemeinen Abrüstung und der Schiedsgerichte, die durch die Aufnahme in den Friedensvertrag internationale Gültigkeit erhalten, erheben die Frauen mit allem Nachdruck insbesondere die folgenden politischen und sozialpolitischen Forderungen:

1. Die Einräumung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für beide Geschlechter vom vollendeten 20. Lebensjahre an, zu allen öffentlichen Verwaltungskörperschaften im Reich, Staat und Gemeinde.
2. Ein völlig freies Vereins-, Versammlungs- und Streikrecht; Beseitigung aller Ausnahmegeetze gegen die Jugend, das Gefinde, die Landarbeiter und fremdsprachigen Arbeiter.
3. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf mindestens 8 Stunden für alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen; auf 6 Stunden für alle Arbeitenden unter 18 Jahren.
4. Verbot der Erwerbsarbeit für alle Kinder bis zum 16. Lebensjahr.
5. Freigabe des Sonnabend Nachmittags für die Arbeiterinnen. Freigabe eines Nachmittags in jeder Woche für die Jugendlichen zur Körperübung.
6. Verbot der Nachtarbeit, insbesondere für die Frauen und Jugendlichen, und eine Einschränkung der als Nacht bezeichneten Zeit.
7. Alljährlich 14 Tage Ferien unter Weiterzahlung des Lohnes für Erwachsene und Jugendliche.
8. Verbot der Beschäftigung für Arbeiterinnen bei gewerblichen Giften und gesundheits-schädigenden Arbeitsarten und Arbeitsmethoden.
8. Verbot der Beschäftigung für Arbeiterinnen 8 Wochen vor der Entbindung und 8 Wochen nach dieser.
10. Ausbau des Heimarbeiter-schutzes, bei dem die Bestimmungen für die Industriearbeiterinnen in sinngemäßer Weise übernommen werden müßten.
11. Ausbau der Gewerbeinspektion, Vermehrung der Beamten, insbesondere durch Hinzuziehung von Arbeiter und Arbeiterinnen. Anstellung von Ärzten, Erweiterung von Machtbefugnissen der Inspektoren.
12. Ausbau der sozialen Versicherung und ihre Ausdehnung auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere auf die Hausgewerbetreibenden und Hausangestellten.
13. Einführung der Arbeitslosenversicherung.
14. Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung durch Schaffung kommunaler Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage mit beruflicher Gliederung.

### Zum Schutz von Mutter und Kind.

#### A. Von der Krankenversicherung:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen und Mädchen, sowie auf alle weiblichen Personen, deren Familieneinkommen 5000 M. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Einführung der Schwangerenunterstützung für 8 Wochen in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tageslohns der in Frage kommenden Lohnklasse für Lohnarbeiterinnen.
3. Obligatorische Einführung der Schwangerenunterstützung für alle übrigen weiblichen Versicherten in der Höhe des ortsüblichen Tageslohns für weibliche Erwerbstätige.
4. Obligatorische Einführung der Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen für alle weiblichen Versicherten in der gleichen Höhe der Schwangerenunterstützung.
5. Freie Gewährung der Hebammen-dienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden für alle weiblichen Versicherten.



6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des gezielten Krankengeldes, für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen. Das Stillgeld ist zu zahlen nach Ablauf der Wöchnerinnenunterstützung.

7. Vereinheitlichung der Krankentafeln und Sicherung des vollen Selbstverwaltungsrechtes der Versicherten.

#### B. Von der Gemeinde:

1. Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen.

2. Organisation der Wöchnerinnenhauspflege. Entlastung der erwerbenden Frauen von undökonomischer Hausarbeit, durch Wohnungsreform und kommunale Einrichtungen.

#### Für die Jugendberziehung.

Bei der starken Inanspruchnahme der Frauenkraft für den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß und der dadurch bedingten Auflösung der Familie, ist es Pflicht der Gesamtheit, in weit höherem Maße als bisher die Erziehung der Jugend zu einer Angelegenheit der Gesellschaft zu machen.

#### Deshalb fordern die Frauen:

1. Schaffung von unentgeltlich zu benutzenden kommunalen Kindergärten unter Leitung pädagogisch geschulter Personen.

2. Reform des Schulwesens durch Schaffung der Einheitschule, auf der breiten Grundlage der Arbeiterschule mit gemeinsamer Erziehung der Geschlechter.

3. Verlängerung der Schulpflicht bis zum vollendeten 16. Lebensjahre.

4. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lern- und Lehrmittel.

4. Schaffung von Kinderhorten unter Leitung von Pädagogen.

5. Obligatorische und unentgeltliche Schulspeisung.

7. Anstellung einer genügenden Zahl von Schulärzten, die bei nachgewiesener Erkrankung mindestens die erste Hilfe zu leisten haben.

8. Obligatorische Einführung von Schulbädern.

9. Obligatorische Fortbildungspflicht für beide Geschlechter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

10. Errichtung kommunaler Lehrwerkstätten für beide Geschlechter.

Die gewaltige Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiete, die den Verbrauch der Frauenkraft in allen Ländern unendlich gesteigert hat, die aber auch gleichzeitig die Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der arbeitenden Frauen und Kinder ins Riesenhafte wachsen ließ, macht die Durchsetzung obiger Forderungen nicht nur zu einer Lebensnotwendigkeit für die Arbeitenden, sondern darüber hinaus unentbehrlich für den Bestand und die Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft.

Das Recht auf Mitgestaltung der Friedensbedingungen, die Pflicht internationaler Solidarität wird die Genossinnen aller Länder anspornen, als energische Verfechter obiger Forderungen restlos zu wirken.

Die Aufrüttelung der proletarischen Frauenmassen durch die gründliche Besprechung und weitest Verbreitung dieses Programms ist außerdem ein Gewinn, der nicht hoch genug bewertet werden kann.

### Die italienische Gewerkschaftsunion und die Stockholmer Konferenz.

Der Ausschuss der italienischen Gewerkschaftsunion hat nach einer längeren Beratung beschlossen, an der geplanten Zusammenkunft der Zimmerwalder in Stockholm teilzunehmen. Die Gründe für diese Entschliebung sind in folgender Resolution niedergelegt:

Unter Berufung auf die Entschcheidungen der Generalversammlung vom vorigen Jahre zu Florenz, durch die, in Übereinstimmung mit den französischen Genossen von der Minderheit, eine Beteiligung an der nur der Zerstörung dienenden und selbst irreführenden Konferenz von Leeds abgelehnt, wohl aber eine Teilnahme an Kongressen von nicht ausschließlich gewerkschaftlichen oder syndikalistischen Charakter für zulässig erklärt wurde, sofern diese nur aus Vertretern solcher Gruppen zusammengesetzt wären, die den antiproletarischen Verrat nicht mitgemacht und nicht an der Verantwortlichkeit der Staatsregierung teilgenommen hätten — unter Berufung ferner auf die Ergebnisse, die mit den in Gemeinschaft mit den französischen Genossen und auf ihre Veranlassung ausgearbeiteten und angewandten Methoden erzielt worden sind — sowie in Erwägung, daß die Zusammenkunft der Gegner des Burgfriedens, die im Juni dieses Jahres in Stockholm stattfinden soll, nicht verwechselt

werden darf mit der anderen Konferenz, die von den Vertretern des alten offiziellen Bureaus einberufen ist, und zu der die Verräter aller Länder zusammenkommen wollen, um über ihren Verrat zu diskutieren, dessen Besprechung schon ein ebensolches Verbrechen ist, wie die Tat selbst, — in Erwägung endlich, daß die oben erwähnte Zusammenkunft den Namen Zimmerwalder tragen soll und nach den von dem russischen Arbeiterrat aufgestellten, und von den Veranstaltern angenommenen Bedingungen als Vorbereitung zu dem großen, vom russischen Arbeiterrat in Aussicht genommenen Weltkongreß dienen soll, an dem alle Fraktionen des organisierten Proletariats teilzunehmen berechtigt sein sollen — beschließt der zu Florenz vereinigte Ausschuss der italienischen Gewerkschaftsunion, der zusammengetreten ist, um über die Frage der internationalen Beziehungen und die Wiederherstellung der Internationale zu beraten, — an dem Kongreß in Stockholm teilzunehmen, zu diesem Zweck die Ausstellung eines Fasses für ihren Sekretär Borghi zu verlangen, und diesen Beschluß dem internationalen Berner Komitee, der syndikalistischen Minderheit Frankreichs, sowie allen anderen beteiligten Organisationen mitzuteilen und daraufhin für Anfang Juni eine Generalversammlung aller nationalen Gewerkschaften nach Florenz einzuberufen.

### Aus der Zeit.

Das Wachstum der höheren Einkommen in Preußen. Nach der Statistik für 1916 ist die Zahl der Besitzten mit über 3000 Mark Einkommen im Steuerjahr 1916 auf 851 428 gestiegen gegen 815 163 im Jahre 1915, 898 049 im Jahre 1914 und 318 553 im Jahre 1892. Nach dem starken Rückgang des ersten Kriegsjahres um rund 88 000 hat also im Jahre 1916 eine Zunahme um über 35 000 oder 4,4 v. H. stattgefunden. Verhältnismäßig noch mehr ist die auf die Besitzten entfallende Steuer gestiegen, das Veranlagungssoll von 255,4 auf 2900,0 Millionen Mark oder 13,5 Proz., das durch die erhöhten Zuschläge der Steuernovelle beeinflusste Erhebungssoll von 306,5 auf 484,2 Mill. Mk., also um 58,0 v. H. Unter der angegebenen Gesamtzahl der Besitzten sind 9500 (im Jahre 1915 9592, im Jahre 1914 9848) nichtphysische (Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. usw.) vorhanden, deren Veranlagungssoll von 46,3 auf 48,8 Mill. Mk. und deren Erhebungssoll von 68,3 auf 112,3 Mill. Mk., also um 69,4 v. H. gestiegen ist. Diese starke Steigerung läßt darauf schließen, daß die Einkommen der nichtphysischen Besitzten während der Kriegszeit besonders stark zugenommen haben, was unter anderem durch große Bedeutung der korporativen Erwerbsgesellschaften in der Kriegsindustrie zu erklären ist.

Die Gesamtzahl der physischen Besitzten mit über 3000 Mk. Einkommen ist im letzten Steuerjahre von 805 571 auf 841 928 gestiegen, ihr steuerpflichtiges Reineinkommen von 7,25 auf 8,38 Milliarden Mark, letzteres also um 1,13 Milliarden Mark, nachdem es von 1914 zu 1915 nur um 0,35 Milliarden zurückgegangen war. Das durchschnittliche Reineinkommen ist um nahezu 1000 Mk. gestiegen und zeigt mit 9052 (im Jahre 1915 8908, im Jahre 1914 8780) Mark den höchsten bisher beobachteten Stand. Für die beträchtliche Vergrößerung des Einkommens werden namentlich die an den Kriegslieferungen beteiligte Industrie, der Lebensmittelhandel und die mit erhöhter Rentabilität arbeitende Landwirtschaft in Betracht kommen.

Kaffeeersatz und Preise dafür. Obwohl Kaffeeersatz bedeutend billiger als echter Kaffee ist, obwohl es zur Tasse Kaffeeersatz statt Zucker nur noch Süßholz — und auch das nicht immer — gibt, sind die Preise für eine Tasse Kaffee in den Gastwirtschaften und Kaffeehäusern vielfach sogar noch höher als in Friedenszeiten. Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes, die Reichspreisstelle, richtet deshalb jetzt an die Gemeinden und Preisprüfungsstellen, in deren Bezirk bereits Preise für aus Kaffee oder Kaffeeersatz hergestellte Getränke in Gastwirtschaften festgesetzt sind, das Ersuchen, ihr möglichst umgehend davon Mitteilung zu machen. Einige deutsche Gemeinden haben schon Höchstpreise für eine Tasse Kaffee festgelegt: in Gießen z. B. beträgt er 25 Pf. Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes betont, daß bei der Festsetzung solcher Höchstpreise folgendes zu beachten ist: Zunächst hat sich die Verstellung solcher Getränke bei dem Fehlen der reinen Kaffeebohnen und dem wesentlich billigeren Preise der Kaffeeersatzmittel echtem Bohnenkaffee gegenüber erheblich verbilligt. Ferner wird im allgemeinen keine Milch oder nur ein sehr minderwertiges und nicht teures Ersatzmittel verabreicht. Ähnlich liegt es mit dem Zucker, der ganz überwiegend gar nicht mitgeliefert und für den meistens auch nicht einmal Sacharin verabfolgt wird. Demgegenüber spielen die geringen Mehrkosten für die Unterhaltung des Personals usw. kaum eine Rolle. Auch trifft bei vielen Kaffee-restaurants, besonders in den großen Städten, der Gesichtspunkt eines verminderten Umsatzes nicht zu; oft ist sogar das Gegenteil der Fall. Unter diesen Umständen liegt ein Anlaß zu erhöhten Preisen für die Verabreichung einer Tasse Kaffee oder Kaffeeersatz gegenüber den Friedenspreisen im allgemeinen überhaupt nicht vor.

In manchen Kaffeehäusern kostet eine Tasse des zweifelhaften „Kaffee“-Getränkes 85 bis 40 Pf. Dieser Preis wird für einen „Kaffee“ gezahlt, der weder Kaffee noch Zucker noch Milch enthält. Wer das Zeug noch konsumiert, der hat mit dem „Genuß“ seine Strafe schon weg.

### Vereins-Veranstaltungen.

**Mariendorf.** Parteigenossen und Genossinnen! Der geplante Ausflug nach dem Rögner See findet Sonntag, den 1. Juli 1917, statt. Wanderer treffen sich früh 6 Uhr am Rathaus, ab Mariendorfer Bahnhof 6.54 Uhr. Nichtwanderer treffen sich mittags 2 Uhr gleichfalls am Rathaus nach dem Waldrestaurant Grundlach, Lichtenrade. Dort Empfang der Wanderer zum gemeinsamen Kaffeetoch. Der Bildungsausschuß.

**Treptow-Baumshulenkweg.** Der Frauenlese-Abend findet für Treptow am Montag, den 25. Juni, abends 8½ Uhr, bei Scholze, Gräfr. 49, statt. Vortrag.

Für Baumshulenkweg findet derselbe erst am Mittwoch, den 27. Juni, abends 8½ Uhr, bei Krause, Riehlstr. 249, statt. Vortrag der Genossin Denning. Um rege Beteiligung beider Lese-Abende ersucht Der Vorstand.

Ferner machen wir auf das am Sonntag, den 1. Juli, nachm. 4 Uhr, im Lokal „Concordia“ (früher Rappenteich) in Treptow stattfindende Sommerkonzert des Gesangsvereins „Männerchor Oberspre“ aufmerksam. Wir bitten die Genossen und Genossinnen das Unternehmen des genannten Vereins durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

### Verlegung des Verbandsbüros.

Das Verbandsbüro befindet sich vom 1. Juli ab

**Berlin O<sup>27</sup>, Schicklerstraße 5.**

Briefe und Geldsendungen bitten wir vom 1. Juli ab nach der neuen Adresse zu richten.

**Verband der Wahlvereine.**  
**Redaktion des Mitteilungsblattes.**

### Dankagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau

**Marie Elbe**

sage ich allen meinen besten Dank für die zahlreichen Kranzspenden, insbesondere den Genossen des Bezirks 438, den Funktionären der 42. Abteilung, den Frauen des Leseabends und für die Spende von der 17. Verkaufsstelle der Konsum-Genossenschaft.

August Elbe und Kinder.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallen Genossen!

#### 4. Wahlkreis.

Im Juni verstarb in russischer Gefangenschaft der Gürtler

**Georg Boetius**

Gebrüderstraße 41, Bezirk 411.

Am 16. Juni starb im Reservelazarett Brauerei Friedrichshagen der stets opferbereite Genosse, der Musikinstrumentenmacher

**Karl Bissinger**

Elbingerstr. 82, Bezirk 432, Abt. 41.

**Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.**  
**Bezirk Reinickendorf-West.**

Am 29. Mai fiel im Alter von 35 Jahren auf dem Schlachtfeld unser Genosse

**Max Liesner**

11. Gruppe.

Ehre ihrem Andenken!

### Nachruf.

#### 4. Wahlkreis.

Am 19. Juni verstarb unser früherer Bezirksführer, der Schlosser

**Carl Fritzsche**

Oppelnerstraße 83, Bezirk 192.

Ehre seinem Andenken!

### Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umg.

Sonntag, den 24. Juni 1917, vormittags 10 Uhr, in der „Germania“, Chausseestraße 101:

### General-Versammlung

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht des Bildungsausschusses. Bericht über den Stand der Jugendbewegung. 4. Anschluß von Spandau-Ordnung an Groß-Berlin. 5. Wahlen der Verbandsleitung: Vorsitzenden, Kassierer und Schriftführer; Wahl von 5 Revisoren sowie 5 Vertreterinnen der Frauen. 6. Bestätigung der Kommissionen. 7. Unsere Aufgaben. Referent: Gen. Däumig.

Delegiertenkarte legitimiert.



## Die Wahrheit über die Friedenspolitik der Regierungssozialisten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht zwei gut informierende Artikel über die Friedenspolitik der Regierungssozialisten, die verdienen, weiten Kreisen zugänglich gemacht zu werden. Obwohl ein kleiner Teil unserer Leser auch die „L. V.“ hält, hatten wir es doch für angebracht, den Darlegungen weitest Verbreitung zu geben. Sie lauten:

Seit die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele freigegeben ist und nicht mehr der Zensur unterliegt, besonders aber seit die russische Revolution die Friedensfrage auf die Tagesordnung gesetzt hat, wird zwischen den Alldeutschen und den Regierungssozialisten eine lärmvolle Preßfehde über Kriegsziele und Friedensbedingungen geführt. Dabei gebärden sich die Regierungssozialisten, als wenn sie seit Kriegsbeginn ununterbrochen einen energischen Kampf gegen die Annexionen geführt und von der Regierung ein unzweideutiges Bekenntnis zu einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen gefordert hätten. Beides aber ist falsch!

Vom Herbst 1914 bis zum Frühjahr 1916 hat in der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein zäher und erbitterter Kampf um diese Fragen getobt. Immer und immer wieder vergebens hat dabei eine nach und nach von 14 auf 44 Fraktionsmitglieder angewachsene Minderheit von Tagung zu Tagung darauf gedrängt, den Kampf gegen die Annexionen von der Reichstagstribüne aus energisch zu führen und vom Reichskanzler Klarheit über seine Kriegsziele sowie die Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen zu fordern. Scheidemann, David, Heine, Ebert, Legien, Bauer und andere Führer der Regierungssozialisten wußten solche Fraktionsbeschlüsse immer wieder zu hintertreiben. Ja, sie boten alles auf, den Fraktionsrednern im Reichstage zu verbieten, die Friedensfrage in ihren Reden auch nur zu berühren und sie mußten durchsetzen, daß im Reichstage gegen die Annexionspolitik nicht Front gemacht werden durfte. Dabei beriefen sie sich fortgesetzt auf Wünsche des Reichskanzlers und seiner Vertreter, nach deren Meinung solche öffentlichen Erörterungen mit Rücksicht auf das Ausland unterbleiben mußten. Vergebens bekämpfte die Minderheit diese fortgesetzte Rücksichtnahme auf die Regierungswünsche und wies nach, daß gerade

### das Schweigen der Sozialdemokratie

zu all diesen wichtigen Fragen ungünstig auf das Ausland und Kriegsverlängerer wirkte. Die Regierungssozialisten hatten die Mehrheit in der Fraktion und zwangen die Minderheit durch die Fraktionsdisziplin zum Schweigen im Reichstage. Die fortgesetzte Mundtotmachung der Minderheit in Situationen, in denen das Reden sozialistische Pflicht war, führte schließlich dazu, daß ein Teil der Minderheit gegen den Willen der regierungsozialistischen Mehrheit im Reichstage selbständig auftrat und deswegen wider alles Parteirecht aus der Fraktion ausgeschlossen wurde. Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion resultiert also aus der Pflichtvergeßlichkeit ihrer Mehrheit in der Annexions- und Friedensfrage und die gleiche Ursache führte schließlich zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Ostern 1917 in Gotha.

Wenn die Regierungssozialisten in ihrer Preßfehde mit den Alldeutschen und in ihren Auslassungen zur Stockholmer Friedenskonferenz jetzt von all diesen Dingen schweigen, so ist das von ihrem Standpunkte aus verständlich, wenn sie aber der Wahrheit zuwider behaupten, von Anbeginn des Krieges so wie jetzt aufgetreten zu sein, so zwingt uns das, der Deffenlichkeit einmal Aufschluß zu geben über das wahre Verhalten der Regierungssozialisten zur Annexions- und Friedensfrage während der ersten Kriegsjahre.

Eine lange Zeit hindurch wollten die Führer der Regierungssozialisten ebensowenig wie die Alldeutschen etwas wissen von einem Verständigungsfrieden, auch sie wollten einen Siegesfrieden, der auf Grund der militärischen Gewalt diktiert wird. Scheidemann schrieb in seinem bekannten Neujahrsgarn 1914/15 an seine Solinger Wähler im Interzitatelle der Vergessenen Arbeiterstimme wörtlich:

„... wir wollen die Absichten unserer Gegner zu Schanden machen, wir wollen siegen!“

Ebenso erklärte Scheidemann wenige Wochen später, am 4. Februar 1915, in der Reichstagsfraktion:

„Ich glaube nicht an ein remis, an einen unentschiedenen Ausgang dieses Weltkrieges. Käme es dazu, dann würden wir nur einen Frieden auf 2—3 Jahre bekommen.“

Weil die Alldeutschen auch jetzt noch dasselbe sagen, nennt Scheidemann sie heute im Reichstage „Narren“. In jener Fraktionsitzung wandte Scheidemann sich heftig dagegen, daß von der Fraktion im Reichstage die Friedensfrage zur Erörterung gebracht und von der Partei im Lande eine Friedenspropaganda eingeleitet würde. Damit würden die Annexionisten auf den Plan gerufen und die Kriegsgegner Deutschlands würden daraus Ermunterung schöpfen. Er warnte dringend davor, „denn“ — so sagte er:

„Die Regierung bittet, nach dieser Richtung nichts zu unternehmen und wenn wir es doch tun, so laufen wir Gefahr, daß uns unter der Gewalt Herrschaft des Belagerungszustandes unsere Organisationen zer schlagen werden.“

Mit ähnlichen Argumenten operierten David, Cohen, Schöpslin und Quessel gegen die Erörterung der Friedensfrage im Reichstage und die Entfaltung einer Friedenspropaganda im Lande. Davon reden sie heute nicht mehr.

Als Anfang März 1915 der Reichstag wieder zusammentrat, wandten sich die Mehrheitsführer sogar dagegen, daß zur ersten Lesung des Etats eine Generalrede gehalten werde und vor allem sträubten sie sich dagegen, daß im Reichstag über den Frieden geredet

würde. Am 8. März sprachen in der Fraktionsitzung Scheidemann, David, Ebert, Cohen, Südekum, Mollenhuth, Legien und Bauer in diesem Sinne. Die Fraktion beschloß aber trotzdem, daß Haase zum Etat eine Rede halten und dabei auch vom Frieden sprechen solle. Am andern Tage suchten Scheidemann, David, Legien, Richard Fischer und Robert Schmidt diesen Beschluß unter Berufung auf Mitteilungen, die der Reichskanzler abends vorher den Fraktionsvertretern gemacht hatte, wieder umzustoßen. Scheidemann sagte dabei:

„Der Reichskanzler hat uns auf das allerdringendste (in Solingen sagte er später — am 2. Mai 1915 — sogar „händeringend“) gebeten, von der Erörterung der Friedensfrage Abstand zu nehmen.“

Aber die Fraktion blieb bei ihrem Beschluß vom Tage vorher, und so sprach Haase am 10. März 1915 zum Etat und dabei auch über den Frieden und tags darauf erklärten selbst die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Senatorenkonvent des Reichstags, daß die Rede keinen Anstoß erregen könne: die Regierungssozialisten waren also päpstlicher gewesen als der Papst. Haase hatte gefordert, daß die deutsche Regierung die Friedenshand ausstrecke zu einem Frieden, bei dem kein Volk vergewaltigt werde.

Am 17. März 1915 wurde Scheidemann in der Fraktionsitzung beauftragt, zum Etat des auswärtigen Amtes zu reden. Von der Minderheit wurde verlangt, er solle dabei gegen die bekannte Annexionsseingabe der sechs Wirtschaftsverbände und die Annexionsrede des Herrenhauspräsidenten v. Wedel-Piesdorf protestieren. Dagegen wendeten sich Scheidemann, David, Gradnauer, Hildenbrand, Roske und Richard Fischer und setzten es durch, daß mit 48 gegen 39 Stimmen beschlossen wurde, davon Abstand zu nehmen. Scheidemann verweigerte sich dabei sogar zu der Behauptung, Wedel-Piesdorf der erklärt hatte, die Abwehr unserer Feinde sei uns gelungen, und wenn wir nichts weiter wollten, sei ein Friede wohl in kurzer Zeit zu haben, damit aber könne sich Deutschland nicht befriedigt erklären — habe eigentlich nichts anderes gesagt, als was auch in der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 1. August 1914 gefordert wurde, wo auch vom „Ziel der Sicherung“ die Rede sei. Ebenso betonte Scheidemann, nochmals vom Frieden zu redenginge nicht an, erst müßten es erst unsere französischen und englischen Genossen tun. Er sprach dann auch in seiner Rede im Reichstage vom 18. März weder gegen Wedel-Piesdorf und die Annexionisten, noch für den Frieden. Heute behauptet er, das immer und bei jeder Gelegenheit getan zu haben.

Erst in der Mattagung des Reichstags, vom 29. Mai 1915, flocht dann Ebert einen Passus gegen die Annexionspolitik und für den Frieden in seine Rede mit ein, aber die Regierung aufzufordern, ihr die Bedingung zu stellen, ihre Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen zu erklären, das lehnte die Mehrheit der Reichstagsfraktion beharrlich ab, ja ihre Führer gaben sogar die Forderung, „keine Annexionen“, preis und suchten sie zu diskreditieren, ebenso auch das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, das jetzt bei der Stockholmer Friedenskonferenz im Vordergrund steht.

Am 14. und 15. August 1915 tagte die Reichstagsfraktion gemeinsam mit dem Parteiausschuß und nahm mit Mehrheit Davids stark imperialistisch gefärbte Leitsätze über die Kriegsziele und Friedensbedingungen an. Bei der Beratung erklärte David, er habe absichtlich den Grundsat des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht in die Leitsätze aufgenommen, nachdem er gesehen habe, daß damit Unfug getrieben werde, indem man die Anwendung dieses Grundsatzes auf Ost- und Ostpreußen fordere. Wegen ihm wurde der Grundsat in die Leitsätze eingefügt. David sagte weiter, es habe auch nie ein sozialistisches Prinzip gegen Annexionen gegeben, wir hätten immer nur das Prinzip der Nationalitäten vertreten.

Heute möchte er das alles nicht gesagt haben.

Von der Minderheit wurde am 17. August 1915 in der Fraktion betont, im feindlichen Ausland herrsche auf Grund der militärischen Siege Deutschlands die erklärliche Furcht, Deutschland wolle nur einen Frieden, der ihm Eroberungen bringe und es herrsche dort auch die Annahme, die deutsche Sozialdemokratie billige diese Haltung der Regierung. Daher sei es notwendig, den Reichskanzler, zunächst vielleicht in der Budgetkommission, dann aber auch öffentlich im Reichstage, zu fragen, ob er bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten auf einer Grundlage, die die Vergewaltigung irgendeines Volkes ausschließe und die Unabhängigkeit aller Völker gewährleiste. Dagegen erklärten sich wiederum die Regierungssozialisten. Landsberg sagte:

„Der Kanzler kann nicht eine solche Erklärung abgeben aus Rücksicht auf das Ausland, das darin ein Zeichen der Schwäche sehen würde.“

David forderte von der Fraktion „den Mut zu schweigen“ und Schulz-Erfurt sagte gar:

„Ich lehne es ab, dem Reichskanzler solche Daumenschrauben anzulegen!“

Dieselben Leute aber behaupten heute, von der Regierung immerfort den Verzicht auf Annexionen gefordert zu haben. Mit 57 gegen 37 Stimmen wurde damals abgelehnt, dem Kanzler eine solche Frage zu stellen. Ja, als dann beantragt wurde, daß der als Redner bestimmte David seine eigenen Leitsätze zur Kriegsziel- und Friedensfrage in seiner Rede wenigstens verlesen, wenn auch nicht begründen möge, damit sie ohne Behinderung der Zensur abgedruckt werden könnten, da sprachen David, Duard, Bauer und Landsberg dagegen und erreichten, daß der Antrag mit 49 gegen 48 Stimmen abgelehnt wurde; David selber gab den Auschlag durch seine Stimme! So kam es, daß der in jener Situation wichtigste Satz der Leitsätze, der sich für die Wiederherstellung Belgiens aussprach, monatelang nicht abgedruckt werden konnte, bis ihn Dittmann, ohne die Fraktion zu fragen, in seiner Zensurrede vom 18. Januar 1916 verlas.

II.

Als die Fraktion am 24. November 1915 wieder zusammentrat, drängte die Minderheit erneut darauf, daß der Reichskanzler über die Friedensfrage interpelliert und diese Frage in der Fraktion zur Entscheidung gebracht werde. Gegen das letztere Verlangen sprachen Schulz, David, Ebert, Thiele und Bauer, der da sagte: „Die Friedensfrage ist ein rein theoretisches Gerede; wir sollten die praktischen Arbeiterfragen voran- und die hohe Politik zurückstellen.“

So wurde denn auch mit 48 gegen 34 Stimmen beschlossen. Als die Friedensfrage dann am 20. November 1915 in der Fraktion zur Verhandlung kam, beantragte die Opposition folgende Interpellation im Reichstage einzubringen:

„Ist der Herr Reichskanzler zu sofortigen Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen jeder Art durch alle beteiligten Länder bereit?“

Gegen diesen Wortlaut liefen die Mehrheitsführer Sturm und verlangten die Ausmerzung der Frage nach der Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen. David, Ebert, Richard Fischer, Mollenhuth und Scheidemann beantragten für die Interpellation folgenden harmlosen Wortlaut:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?“

Scheidemann bekannte bei der Begründung: „Wir können vom Kanzler nicht fordern, öffentlich zu sagen, daß er alles aus der Hand geben will. Nebrügens hörte ich neulich in Wien vom Genossen Renner sehr richtig sagen, Annexionen unter keinen Umständen sei eine Redensart, die mit Sozialismus und Demokratie nichts zu tun habe. Was solle man a. B. mit Polen machen? Es sei doch eine Utopie, es zum selbständigen Staat machen zu wollen. Auch Viktor Adler sagte, mit der Phrase „gegen Annexionen sei nichts anzufangen.“

Scheidemann erreichte denn auch, daß die Resolution der Minderheit mit 58 gegen 43 Stimmen abgelehnt und dann seine eigene angenommen wurde. In der vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüre „Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Kriege“ heißt es auf Seite 7, die Interpellation der Minderheit sei auf eine „bloße Demonstrationspolitik“ hinausgelaufen, es sei aber darauf angekommen, „dem Reichskanzler nicht für zukünftige Friedensverhandlungen die besten Trümmer aus der Hand zu schlagen.“

Und heute? Dieselbe Argumentation der Alldeutschen verwerfen die Regierungssozialisten von heute, ohne zu verraten, daß sie sie einst selber vertreten haben. Als Scheidemann am 9. Dezember 1915 seine Interpellation begründet hatte, erklärte der Reichskanzler, er lehne es ab, ein Friedensangebot zu machen, die Gegner müßten damit kommen, dann sei er zur Prüfung bereit, aber er müsse Garantien im Osten und im Westen fordern usw. Im Namen aller bürgerlichen Parteien verlangte der Zentrumsgewählte Spahn einen Frieden, mit „Gebietsveränderungen“, also mit Annexionen. Der zweite sozialdemokratische Redner, Landsberg, stellte sich taub und erhob weder Protest gegen Spahns offene noch gegen Bethmanns versteckte Annexionsforderung. Die Fraktion billigte diese Vogelstraußpolitik hinterher mit 60 gegen 24 Stimmen, indem sie die einfache Feststellung verwarf, daß die Fraktion mit Landsbergs Antwort auf die Kanzlerrede nicht einverstanden sei.

Als kurz darauf die Fraktion beschloß, trotz Bethmanns Annexionsrede ihm wieder 10 Milliarden neuer Kriegskredite zu bewilligen, da hielten es zwanzig Fraktionsmitglieder für unvereinbar mit ihrer sozialistischen Pflicht, sich länger durch den Fraktionszwang zum Schweigen verurteilen zu lassen. Am 21. Dezember 1915 stimmten sie öffentlich im Reichstage gegen die Kriegskredite und ließen durch Gener eine begründete Erklärung abgeben, in der es hieß:

„Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Annexionspolitik unseres Landes, die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichskanzler, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorschub geleistet und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Gebietsveränderungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenfalls Eroberungsplänen jeder Art entagt wird. . . . Der deutschen Regierung käme es zu, . . . den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist sie aufgefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen. Der Reichskanzler hat dies jedoch schroff abgelehnt. Eine (solche) Politik . . . durch unser parlamentarischen Verhalten zu unterstützen, ist uns unmöglich. . . . Wir lehnen die Kredite ab.“

Dieses durch Pflicht und Gewissen diktierte sozialistische Bekenntnis trug den 20 Dissidenten ein Tadelsvotum der Fraktionsmehrheit ein. Von jetzt an waren die Geister auch öffentlich geschieden und ganz selbstverständlich stimmten die Zwanzig nunmehr am 24. März 1916 auch öffentlich gegen den Rotetat und ließen ihre Haltung durch Haase mit einer Rede begründen. Die Fraktionsmehrheit erkannte ihnen darauf wider alles Parteirecht mit 58 gegen 33 Stimmen die Fraktionsrechte ab. Sie konstituierten sich darauf unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als selbständige Fraktion im Reichstage. In seiner Rede zum Rotetat wandte sich Haase mit besonderem Nachdruck gegen die Annexionspolitik und



forderte schleunigen Frieden ohne Vergewaltigung. Dabei wurde er unter der lärmenden Zustimmung der Regierungsozialisten fortgesetzt vom Präsidenten unterbrochen, und ihm wurde dann sogar auf Beschluss des Hauses das Wort entzogen, wofür die Führer der Regierungsozialisten sich nicht entschuldigen mitzuteilen!

Aber seitdem war im Reichstage der Bann gebrochen, die Diskussion über die Kriegsziele und die Friedensfrage war nicht mehr zu verhindern, denn die neue Fraktion ließ sich darin keinerlei Bindung auferlegen. Ihre Redner benutzten im Gegenteil jede Gelegenheit, im Reichstage die Annexionspolitik zu bekämpfen und vom Reichskanzler einen Verhandlungsfrieden ohne Sieger und Besiegte zu fordern. Das fand im Lande mächtigen Widerhall, und in der Sorge um das schwindende Ansehen und Vertrauen bei den Volksmassen bequemen sich nunmehr die Regierungsozialisten allmählich, ebenfalls gegen die Annexionspolitik und für einen Verhandlungsfrieden einzutreten. So wurden sie durch den Druck der Arbeitgemeinschaft vorwärts getrieben.

Als nun gar die russische Revolution daherbrause und der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Friedensformel prägte: Ohne Annexionen und Kriegsschädigungen, da mußten die deutschen Regierungsozialisten wohl oder übel an die Regierung dieselbe Forderung stellen, nachdem sie deren rücksichtslose Vertretung im Reichstage und im Lande mehr als zwei Jahre lang mit dem Fraktionszwang und allen Mitteln brutaler Gewalt verhindert hatten. So ließen sie am 30. April 1917 endlich ihren Parteiaus-schuss beschließen:

„Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongressbeschluss des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsschädigungen, auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.“

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller Länder, die Machttränke eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen.“

Dieser Beschluss veranlaßte die konservative Reichstagsfraktion im Reichstage eine Interpellation gegen ihn einzubringen. Dadurch sah sich nunmehr auch die sozialdemokratische Fraktion gezwungen, eine Gegeninterpellation im Sinne des Beschlusses des Parteiaus-schusses zu stellen, um, wie der „Vorwärts“ vom 15. Mai 1917 sagte, „einwandfreie Klarheit über die Kriegsziele der deutschen Regierung zu schaffen“. Schon am 6. Mai hatte dasselbe Blatt des Parteivorstandes gar tragisch geschrieben:

„Die politische Aufgabe der deutschen Arbeiter ist unter diesen Umständen völlig klar. Sie müssen den stärksten Druck auf ihre Regierung ausüben, damit sie das unwürdige Vertriebspiel aufgibt und der Welt sagt, wie die Dinge wirklich liegen.“

„Gut gebrüllt, Löwe!“ Wie erfüllten aber die Regierungsozialisten diese Aufgabe? Am 15. Mai wurden die beiden Interpellationen im Reichstage verhandelt. Der Reichskanzler lehnte es ab, sich zu einem Verzicht auf Annexionen jeder Art zu erklären und verwies auf seine früheren annexionistischen Aus-

lassungen zur Friedensfrage. Selbst der „Vorwärts“ mußte am 16. März zugeben:

„Bismarcks Rede schließt die Möglichkeit nicht aus, daß Deutschland Rußland in einen Separatfrieden locken wolle, um dann nach Westen hin Eroberungen vorzunehmen . . . und dieser Verdacht ist heute das größte Hindernis für die Beendigung des Krieges.“

So urteilte der „Vorwärts“ des Parteivorstandes. Was aber tut dieser und was tut die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, um „das größte Hindernis für die Beendigung des Krieges“ aus dem Wege zu räumen, und den Kanzler „zum klaren Verzicht auf jede Eroberungspolitik“ zu drängen? Worin besteht „der stärkste Druck“? Wird den stärksten Worten jetzt endlich eine energische Tat folgen? Wird das unwürdige Schaukeln und Gankeln jetzt aufhören? Ach nein! Es bleibt alles beim Alten! Die Regierungsozialisten werden nicht in eine grundsätzliche Opposition zur Regierung treten, sie werden in ihrer Gesellschafft bleiben und ihr neue Kriegskredite bewilligen. Um so lauter aber werden die Friedensdellamationen ertönen lassen.

Kann aber das arbeitende Volk zu solchen Politikern noch das geringste Vertrauen haben? Die Regierungsozialisten haben jeden Anspruch darauf verworfen, so radikal sie sich auch später gebärden mögen. Das arbeitende Volk darf und wird sich von ihnen nicht täuschen und betören lassen, es wird immer klarer erkennen, daß einzig und allein die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihre Vertretung im Reichstage offen und unerschrocken die Volksinteressen vertritt und einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen dient, indem sie jegliche Mittel zur Fortführung des Krieges verweigert. Ihr allein gebührt daher auch das Vertrauen der Arbeitermassen. Deshalb:

**Sinein in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!**

## Aus der Bewegung.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis nahm in seiner Generalversammlung am 19. Juni den Vorstandsbericht entgegen. Der Bericht erstreckte sich auf eine knappe Darstellung der inneren Parteikämpfe in Groß-Berlin und auf die Schwierigkeiten in der Agitation. Trotz alledem ist die Organisation aus allen inneren Kämpfen unerschüttert geblieben. Die Verhältnisse arbeiten für uns. Es geht weiter vorwärts. Die Vorstandswahlen erfolgten einstimmig nach vorliegenden Vorschlägen der Kreiskonferenz. Angenommen wurde ein Antrag, von den Stadtverordneten, die zu uns stehen, eine Trennung von den auf dem Boden der Mehrheit stehenden Stadtverordneten zu verlangen und dies auch öffentlich in der Erscheinung treten zu lassen. Ein Antrag auf Streichung der Bestimmung, wonach Funktionäre nicht mehr die Verpflichtung haben, gewerkschaftlich organisiert zu sein, wurden mit allen gegen 25 Stimmen abgelehnt. Es wurde betont, daß umgekehrt nur eine entschiedene Mitwirkung der Genossen in den Gewerkschaften geeignet sei, der Demokratie in den Gewerkschaften zum Recht zu verhelfen, daß sie aber nur möglich, wenn die Genossen in den Gewerkschaften bleiben, nicht aber denselben fernbleiben.

Militärbehörde als geeignet erschien, den Kriegszweck zu gefährden, ebenso unschädlich gemacht werden, wie ein französischer Spion, der in den Belagerungslinien vor Paris ergriffen wurde; Bismarcks Leibschützer, der berühmte Busch, stellte sogar in einem Artikel den Fall Jacobs auf dieselbe Stufe mit dem Fall eines französischen Spions.

So wuchs die Aufregung über die Verhaftung Jacobs nur immer stärker an, worüber Bismarck nichts weniger als unglücklich gewesen zu sein scheint. Am grausamsten wurde sein Erlaß von Otto Wildemeister, dem kungen Esslingen und klassischen Uebersetzer Horaz, in der „Welterziehung“ zerzaust, aber Bismarck, empfindlich wie er sonst gegen jede Zeitungskritik war, hat das gar nicht übel genommen. Nach Friedensschluß wurde Wildemeister von dem Bremer Senat als Bevollmächtigter in den Bundesrat entsandt, was nicht ohne Bismarcks herrliche Zustimmung geschehen konnte.

Noch eine kleine Episode zeigte, daß Bismarck seine lebensgefährliche Theorie des Kriegszwecks nicht seinen militärischen Anhängern zuliebe aufgestellt hatte, sondern ganz im Gegenteil. Nach seinem Erlaß beschloffen wir Berliner Jacobiten, im ganzen hundert Mann, einen feierlichen Protest gegen die Annexion Elsaß-Lothringens zu erlassen, die inzwischen auch als offizieller Kriegszweck verklärt worden war. Ueber Berlin war der Kriegszustand nicht verhängt worden, aber nach Bismarcks Ausführungen wäre unsere Verhaftung auf Grund des Kriegszustandes ja auch unstatthaft gewesen, wohl aber war sie möglich und notwendig nach Mahgabe jenes von Bismarck verklärten „Kriegszustandes“, der „unabhängig von der Verhältnisse“ galt, also in Berlin ebenso wie in Königsberg oder auf den französischen Schlachtfeldern. Allein unser Protest hatte nur die Wirkung, daß der Renegat Brack, die fähigste Feder der Regierung, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ einen schnodderigen Witz produzierte. Er sprach den hundert Protestierenden sein Bedauern aus, daß sie sich unter ihresgleichen in hoffnungsloser Rinderheide befänden; nach der amtlichen Statistik beherrschten die Berliner Krankenhäuser achthundert Geisteskranke.

Deshalb war nun aber Bismarck so verdrießlich über die Verhaftung Jacobs? Daß ihm die Wahrung bürgerlicher Rechte eine besondere Persönsache gewesen sei, haben selbst seine Bewunderer ihm noch nicht nachgesagt. In der Tat liegt die Erklärung auf einem anderen Gebiete. Bismarck fürchtete im Herbst

Die Versammlung beschloß ferner, einen Delegierten nach Stockholm zu entsenden und wählte als solchen den Genossen Georg Ledebour.

Im 3. Wahlkreise nahmen die Genossen am 19. Juni zunächst den Bericht des Vorstandes entgegen und wählten dann den Gesamtvorstand des Kreises.

Die Kreisgeneralversammlung des Kreises Spandau-Osthavelland beschloß in ihrer Tagung am 17. Juni einstimmig ihren Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Zum Kreisvorsitzenden wurde Genosse Pavis Witten — einer der ältesten Genossen im Kreise — gewählt. Einstimmig wurde der Anschluß an Groß-Berlin beschlossen.

Der Wahlverein des Kreises Teltow-Deesow-Charlottenburg (Mitglied der U. S. D. P.) hielt am 17. Juni in Neukölln seine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vorstands- und Kassenericht; 2. Diskussion; 3. Neuwahl des Kreisvorstandes und der Revisoren; 4. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin; 5. Verschiedenes. Beschlossen wurde noch, nach Erledigung des Vorstandsberichts zur Stockholmer Konferenz Stellung zu nehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der fallenen, verstorbenen und inhaftierten Genossen.

Anschließend an die Verlesung des Protokolls nahm die Versammlung zu der Berichtigung des Genossen Borchardt zum Bericht vom 1. April d. J. eine Erklärung des Kreisvorstandes an, die besagt, daß der betreffende Bericht keine Irrtümer enthält, und die Berichtigung des Genossen Borchardt nicht den Tatsachen entspricht. Eine Mitteilung an die Presse hat der Vorstand unterlassen, weil der Fall Borchardt für ihn als erledigt gilt und es den Delegierten überlassen bleibt, sich über das Verhalten Borchardts ein Urteil zu bilden.

Vertreten waren auf der Versammlung 22 Orte durch 78 Delegierte, 7 Orte waren nicht vertreten. Der Kreisvorstand war insgesamt durch 15 Mitglieder vertreten; außerdem wohnte Genosse Jubel als Abgeordneter, und Gen. Leid als Vertreter des Aktionsausschusses den Verhandlungen bei, so daß 95 Personen anwesend waren.

An Stelle des Gen. Zirkel gab Gen. Zachmund den Geschäftsbericht. Durch vielfache Einziehungen und Verhaftungen der Vorstandsmitglieder litt die Agitation im Kreise sehr. Andererseits hatte der Vorstand durch den Raub der Kreiskasse in Höhe von circa 40.000 Mk. durch die Groger-Pagelsleute mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Selbst das Kreisbureau konnte der Vorstand nicht in Anspruch nehmen und mußte sich mit der Gassfreundschaft der Neuköllner Genossen in deren Bureau begnügen. — Den Kassenericht gab Gen. Freilang. Die Einnahme betrug 14.639,57 Mk., die Ausgabe 16.158,31 Mk., so daß ein Defizit von 1518,74 Mk. verbleibt. Dazu ist aber zu bemerken, daß die Orte Neukölln, Charlottenburg, Grünau, Rowaves, Schöneberg, Trebin und Treptow-Baumgartenweg das 1. Quartal 1916 noch mit dem früheren Vorstand abgerechnet hatten. Die Mitgliederzahl konnte nicht vollständig gegeben werden, weil die Orte Neukölln, Borsdorf, Köpenick, Charlottenburg und Nieder-Schöneweide die Fragebogen nicht zeitig genug eingesandt hatten. Der Vorstand soll deshalb die vollständige Mitgliederzahl zum 1. Juli d. J. feststellen.

und Winter 1870 nichts so sehr, wie die Einmischung der neutralen Mächte in den Krieg, und ihre freundlichen Dienstanerbietungen noch viel mehr als selbst ihre etwaigen Drohungen. Gegen beide hatte er ein probates Mittel, das er schon in seinen „Dilatorischen“ Verhandlungen mit Benedetti reichlich angewandt hatte: Was mich anbetrifft, von Herzen gern, aber wenn ich dieses zugebe, so schlagen mich die alten Weiber in Berlin mit ihren Feienstielel vor, oder wenn ich jenes einräume, so steht bei der Stimmung der Nation die Existenz der Dynastie auf dem Spiele. Diese Beweisführung, mochte sie im einzelnen Falle nur ein diplomatischer Schachzug oder auch mehr sein, war aber nur wirksam, wenn sich die „Nation“ in ungeheimartem Beize der Rechte befand, die ihr geblieben, ihren Willen kundzugeben; sie zerflatterte wie eine Seifenblase, wenn ein Burgfriede bestand, der durch eine militärische Diktatur gesichert wurde. Bismarck wußte recht gut, daß er damit seiner neutralen, geschweige denn einer feindlichen Macht imponieren würde. Deshalb tobte er über Jacobs Verhaftung und ruhte nicht eher, bis er am 24. Oktober eine Kabinettsorder erwirkt hatte, die dem Generalgouverneur der Küstenlande befahl, Jacoby und die anderen von ihm eingelassenen preussischen Staatsbürger freizulassen.

Als Grund wurde angegeben, daß bei den bevorstehenden Landtagswahlen „der Neuerung politischer Meinungen und der persönlichen Beteiligung der Wahlberechtigten“ kein Hindernis im Wege stehen dürfe. Diese Wahlen brachten nun eine große Ueberwältigung; ehe noch das neudeutsche Reich gegründet war, erschien schon, gestieft und gepumpt, eine neue Partei auf dem Kampfplatze, die ihm das Leben so lauer als möglich zu machen vertrieb: nämlich das Zentrum. In stiller Wahlarbeit und auch lautem Spektakel, aber gänzlich unbekümmert um allen Burgfrieden, hatte das Zentrum auf den ersten Schlag 60 Mandate erobert und bildete im preussischen Abgeordnetenhaus das Bänglein an der Wage zwischen 171 Konservativen und 182 liberalen Mitgliedern.

Jedoch selbst innerhalb der einzelnen Parteien wurde nicht überall der Burgfriede gewahrt. In Berlin, wo es nur fortschrittliche Wahlmänner gab, entbrannte ein heftiger Kampf um das Mandat Johann Jacobs; auf Betreiben namentlich Eugen Richters sollte es ihm abgeknöpft werden, weniger wegen seines Protestes gegen die Annexion Elsaß-Lothringens, als wegen seiner Kehrereien in der Arbeiterfrage. Man

## Erinnerungen

### aus dem Kriegsjahr 1870.

Von Franz Mehring.

(Schluß.)

Auf eine telegraphische Beschwerde, die die städtischen Behörden Königsbergs wegen der Verhaftung Jacobs an ihn richteten, ließ er ihnen durch den Oberpräsidenten der Provinz Preußen eröffnen, auf Grund des verhängten Kriegszustandes ließe sich die Verhaftung Jacobs nicht rechtfertigen, aber als militärische Maßregel des wirklichen Krieges sei sie statthaft. Auf dem unmittelbaren Kriegsschauplatz sei unbestritten, daß ein kämpfendes Heer, um den Kriegszweck zu erreichen, Bäume abhauen, Häuser verbrennen, in Wohnungen eindringen und Personen verhaften dürfe, die auch nur im Verdacht ständen, dem Feinde materiellen oder moralischen Vorstoß zu leisten. Denn Uebergang zu dem Falle Jacoby fand Bismarck dann durch den Satz: „Der zugrunde liegende Rechtsgedanke ist von der Verlichkeit unabhängig.“ Wenn Jacoby durch eine Rede in Königsberg nachteilig auf die Kriegsführung einwirkte, so dürfe er ebenso unschädlich gemacht werden, wie eine verdächtige Person auf dem unmittelbaren Kriegsschauplatz. Schließlich erklärte Bismarck, daß er die Aufregung der Königsberger Behörden über die Verhaftung Jacobs begreife, aber es käme nicht auf den Eindruck an, den dessen Protest in Königsberg, sondern den er in Paris und Frankreich mache.

Es liegt auf der Hand, daß diese Verteidigung Falkensteins die allgemeine Beunruhigung nicht befähigen, sondern steigern mußte. Abgesehen davon, daß die Annexion Elsaß-Lothringens noch nicht als Kriegszweck anerkannt worden war, so war Jacobs Protest dagegen in Frankreich überhaupt erst durch das Aufsehen bekannt geworden, das seine Verhaftung gemacht hatte, und den „Eindruck“, den er in Frankreich hervorgerufen hatte, sollte das offizielle Organ der französischen Regierung dahin zusammenfassen, es sei keine Illusion darüber möglich, daß der „humanitäre Philosoph von Königsberg“ jenseits des Rheins ins Veere gesprochen habe. Entbehrte also der konkrete Fall jeder tatsächlichen Grundlage, so war die Theorie des Kriegszwecks, die Bismarck aus ihm entwickelte, geradezu lebensgefährlich für jeden noch so patriotischen Deutschen. Danach konnte ein friedlicher Philosoph, der am Biertisch irgend eine Ansicht äußerte, die der



In der Diskussion, die eine lebhaft war, schilderte Gen. Zubeil die Verhandlungen des Prozesses Pagels gegen unsere Ortskassierer vom letzten Donnerstag vor dem Kammergericht, denen er als Gast beiwohnte. Interessant war, daß der Rechtsvertreter Pagels, Herr Dr. Heinemann, auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß das Statut doch noch maßgebend sei, antwortete, daß die Delegierten zur Kreisgeneralversammlung vom 18. Juni 1916 nicht mehr zuständig waren, weil sie sich für die Beitragsperiode erklärt hätten. Der Spruch des Kammergerichts war bis Sonntag noch nicht in Händen des Vorsitzenden. (Bei Abfassung des Berichtes ging dem Berichterstatter die Mitteilung zu, daß das Urteil des Landgerichts aufgehoben, und Pagels mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen wurde.)

Ein Antrag Koch-Neufölln, die Extramarkte zum 1. Juli d. J. einzuziehen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, daß die Delegierten bis auf weiteres auf Diäten — außer der Erstattung des Fahrtgeldes — verzichtet, wurde einstimmig angenommen. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. — Die Wahl des Gesamtvorstandes ging glatt von statten und erfolgte einstimmig.

Zur Stockholmer Konferenz begründete Genosin Käthe Duncker eine Resolution, die nach lebhafter Diskussion gegen eine starke Minorität abgelehnt wurde, weil sie den Genossen zu viel Mißverständnisse enthielt. Die Versammlung beschloß, drei Delegierte nach Stockholm zu entsenden. Da vier Genossen vorgeschlagen wurden, so soll die Wahl mit den wenigsten Stimmen als Ersatzwahl gelten. Es erhielten Stimmen: Mehring 57, Rosa Luxemburg 11, Käthe Duncker 51 und Beder-Neufölln 17.

Zur Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin lag ein Antrag Nieder-Schönweide vor, der verlangte, daß die Reden der Abgeordneten der U. S. P. D. im Reichstage in der Presse zum vollständigen Abdruck gelangen, damit unsere Genossen im Felde erfahren, in welchem Sinne sie für die Partei wirken. Der Antrag wird der Preschkommission überwiesen. Ein Antrag Neufölln wurde einstimmig angenommen, der verlangt, daß zur Verbandsgeneralversammlung dem Kreisvorstand nur fünf Mandate zuteilen. — Eine Resolution Beder-Rosenstiel, die die Wahl einer elfgliedrigen Kommission zur Abänderung des Statuts fordert, wurde einstimmig angenommen. Die Wahl der Kommission wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt, da gegen Schluß schon viele Delegierte sich entfernt hatten.

Gleichfalls einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die für die entschiedene Opposition die freie Meinungsäußerung in der Presse verlangt. Diefelbe lautet:

„Der Kreis hat in seiner Resolution zur Gothaer Konferenz und auf der Konferenz selber durch seine Delegierten festgestellt, daß er auf dem Boden der entschiedenen Opposition steht. Von dieser Tatsache ausgehend, verlangt die Generalversammlung, daß der entschiedenen Opposition in einem eventuell neu zu gründenden Berliner Blatt das ungeschmälerte Recht der freien Meinungsäußerung und die ungehinderte Möglichkeit, zu Worte zu kommen, von vornherein durch positive Bestimmungen gesichert wird.“

Demgemäß beauftragt die Generalversammlung den Kreisvorstand bei der Gründung eines neuen

Berliner Parteiblattes für die Anerkennung der obigen Bedingung zu sorgen, und beschließt, das Blatt in den Kreis einzuführen und zu verbreiten, erst nachdem diese Bedingung von den zuständigen Parteifinanzern angenommen wurde.“

Um 4 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Im 6. Berliner Kreise hatten sich die Regierungssozialisten Herrn Wolfgang Heine verabschiedet, der in einer Versammlung in der Germania über den Frieden reden sollte und auch geredet hat. Ausgerechnet Herrn Heine hatten sich die Leute um Pattloch geholt, einen Mann, von dem selbst manche Regierungssozialisten abrücken, weil sie mit ihm nichts gemein haben wollen.

Die Arbeiter rücken von der Generalkommission ab! Die Filiale Berlin des Verbandes der Maler, Lackierer usw. hielt am Donnerstag, den 14. Juni im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab. Auf Beschluß der letzten Versammlung fand eine Aussprache über die verschiedenen Aufrufe der Generalkommission statt. In einer lebhaften Diskussion wurden die Aufrufe, welche die Generalkommission allein oder in Gemeinschaft mit den Sozialpatrioten, oder gar gemeinsam mit den bürgerlichen Verbänden, erlassen hat, einer scharfen Kritik unterzogen. Mit großer Mehrheit wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten sprechen der Generalkommission das Recht ab, und haben ihr auch kein Mandat gegeben, die oben erwähnten Aufrufe im Namen der Mitglieder abzugeben.“

Es wurde ferner gewünscht, daß diese Resolution im Verbandsorgan veröffentlicht werde, damit die Kollegen Deutschlands die Stellungnahme der Berliner Kollegen erfahren.

Arbeits in Potsdam. Uns wird geschrieben: Anlässlich der Nachwahl für den Genossen Liebknecht im Kreise Potsdam-Spandau-Dahlemburg waren der Vorsitzende des hiesigen Ortswahlvereins mit zwei Genossen als Zeugen an den Besitzer des Lokals „Friedrichsgarten“, den damaligen Genossen Emil Schubert, herangetreten mit dem Ersuchen, sein Lokal wie üblich für die Wahlversammlungen herzugeben. Trotzdem er seine Unterschrift nicht zurückgezogen hatte, wich Sch. einer klaren Antwort aus mit dem Hinweis, daß sein Geschäft unter Vermögensaufsicht stünde und gab auch keine Auskunft, ob und wann er eine endgültige Antwort erteilen könne. Es war also klar, daß er als „Demokrat“ sein Lokal den „Unabhängigen“ nicht zur Verfügung stellen wollte. Am 13. März 1917, dem Abend vor der Wahl, berief er jedoch selbst eine Versammlung in sein Lokal ein, in der Herr Scheidemann, zwar unter dem schärfsten Widerspruch der Arbeiter, aber unter lebhaftesten Beifall der zahlreich erschienenen Bürgerlichen und der Mitglieder des Reichverbandes gegen die Sozialdemokratie sprach. Hier waren Schuberts Bedenken anscheinend geschwunden.

Als Herr Schubert Ende April 1917 in der „Brandenburger Zeitung“ erneut zu einem öffentlichen Vortrage über die „Lage in der Partei“ in sein Lokal einlud und eine Anzahl Mitglieder des Wahlvereins, zugleich Gewerkschaftsmitglieder, hierzu erschienen, verwies er ihnen sein Lokal mit dem Bemerkung, sie hätten bei ihm nichts mehr zu suchen. Ein Grund lag nicht vor, wurde von ihm auch nicht angegeben. Eine daraufhin zum 30. Mai 1917 einberufene Sitzung des Gewerkschaftskartells, an der auch sechs Gewerkschafts-

nahmen, verurteilte einhellig dieses Verhalten und nahm mit zwei Stimmenenthaltungen folgende Entscheidung an:

„Die heute, den 30. Mai 1917, tagende Versammlung der Kartelldelegierten, der Gewerkschaftsvorstände sowie des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins Potsdam, verurteilt das Verhalten des Gastwirts Emil Schubert, „Friedrichsgarten“, zur Reichstagswahl. Die Versammlung erhebt einstimmig Protest gegen die Verweigerung des Lokals zu Wahlversammlungen und betrachtet diese Weigerung als gegen die Interessen der Arbeiterschaft Potsdams verstoßend.“

Die kombinierte Sitzung empfiehlt der Klassenbewußten Arbeiterschaft, das Lokal „Friedrichsgarten“ unter allen Umständen zu meiden.“

Gleichzeitig wurde Schubert aufgefordert, sein Amt als Kartellvorsitzender, das er bisher bekleidete, niederzulegen.

Hierbei mag erwähnt werden, daß zu dem Vortrage Ende April 3 (drei!) Personen erschienen waren, die auf dem Boden der Mehrheit standen, so daß die geplante Gründung eines Wahlvereins bis heute noch nicht zustande kam. Hält man dem gegenüber, daß Herr Stahl am Drie 4000 Stimmen erhielt gegen 835, die auf Mehring entfielen, so kann jeder ermessen, auf welche tönernen Füßen sein Mandat ruht und wer die Personen waren, die diesem „Sozialdemokraten“ ihre Stimme gaben.

Unser unabhängiger Wahlverein hat nur verschwindende Abplitterungen zu verzeichnen und steht sehr im Vertrauen der Klassenbewußten Arbeiterschaft.

In Erfurt sind die Gegensätze weniger scharf in die Erscheinung getreten. Nach Anschluß des dortigen Sozialdemokratischen Vereins an die Unabhängige Partei haben sich diejenigen, die in der Partei des Parteivorstandes bleiben wollen, zusammengefunden. Sie wollen aber vermeiden, die Kluft zu vertiefen, und haben deshalb beschlossen, die von der Unabhängigen Partei gewählten Preschkommissionsmitglieder für die „Tribüne“ anzuerkennen, und von sich aus auch zwei Mitglieder in die Preschkommission zu delegieren, was umgekehrt ihnen zugeagt sei.

In Suhl ist der neue „Gleichheits“-Redakteur Heinrich Schulz, der dort seine Getreuen sammeln will, böse hineingefallen. In einer Versammlung, in der er referierte, leuchtete ihm Genosse Düwels gründlich heim, so daß die von ihm mitgebrachte Resolution etwa 30 Stimmen erhielt, 56 Stimmen waren dagegen.

In Karlsruhe hat der Verein der unabhängigen Sozialisten bereits über 100 Mitglieder.

Magdeburg. Hier fand am Sonntag eine Generalversammlung des neugegründeten „Sozialdemokratischen Verbandes für Magdeburg“ statt. Als Redner war der Genosse Bühren aus Berlin erschienen, der es verstand, in sehr treffender Weise die Regierungspolitik der Sozialpatrioten zu geißeln. Daß er den Parteigenossen aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der lang anhaltende Beifall am Schluß seiner Ausführungen. Einstimmig wurde der Anschluß an die U. S. P. D. mit entsprechender Namensänderung beschlossen. Als Parteiführer wird das „Hallenfer Volksblatt“, Ausgabe für Herzogtum Braunschweig, eingeführt. Für eine gute Ausbreitung gelobten die Versammelten Sorge zu tragen. Nachdem der Genosse Vater verschiedene Einwände der hiesigen Regierungsozialisten zerpflegt hatte, fand die von über 300

wollte den unläuteren Streich beschönigen, indem man das Mandat dem alten Ziegler anbot; der aber wies die schändliche Zumutung mit stolzen Worten zurück und Eugen Richter mußte die ganze Möglichkeit der Nachenschaft bloßstellen, indem er selbst den Denter spielte. Mit etwa fünf Sechstel der Wahlmännerstimmen wurde er gegen Jacoby gewählt. Was hat damals Ziegler gekostet und gewettet in der kleinen Weinkneipe am Moritzplatz, wo er seinen Abendessen zu trinken pflegte. Einen großen Teil der Schuld an dem Verfall der Fortschrittspartei schob er auf ihre Nachgiebigkeit gegen die verfassungswidrige Preßordnung Bismarcks; „einige Monate Diskussion unter dem Damoskesschwert verderben selbst die besten Leute“, prägte er uns jungen Dachsen ein.

Acht Tage nach den preussischen Landtagswahlen, am 24. November, trat der Norddeutsche Reichstag zu seiner letzten Session zusammen. Er hatte sich vornehmlich mit drei Sachen zu beschäftigen. Zunächst mit einer neuen Kriegsanleihe, die von allen sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt wurde, was einen Höllenlärm verursachte und mit dazu beitrug, daß Bebel und Liebknecht nach Schluß des Reichstags verhaftet wurden. Es geschah aber nicht aus Grund irgend eines Gefühlszustandes oder Kriegsrechts, sondern in den gesetzlichen Formen einer gerichtlichen Anklage auf Hochverrat, die, wie windig sie sein mochte, doch ein gerichtliches Verfahren notwendig machte, was bekanntlich den Angeklagten zum Ruhm und ihrer Partei zum Vorteil ausgeschlagen ist.

Dann hatte der Reichstag die Verträge mit den süddeutschen Staaten zu beraten, aus denen das neue deutsche Reich hervorgehen sollte. Sie waren durchaus nicht nach liberalem Gesichtspunkt ausgefallen. Sie vermehrten die Norddeutsche Bundesverfassung nicht einmal um den Schatten eines freiheitlichen Rechts, enthielten sie aber durch eine Masse partikularistischer, reaktionärer Vorbehalte. Selbst Treitschke hatte seine schweren Bedenken gegen sie und warnte seine nationalliberalen Parteigenossen, im Kriege nicht eine Unterwürfigkeit zu zeigen, die von politischer Unreife zeugen würde, nachdem sie im Frieden alles Mögliche an Bismarck auszuhebeln gehabt hätten. Aber die Verträge wurden genehmigt.

Endlich brachte die Fortschrittspartei durch Duncker eine Interpellation wegen der Verhaftung Jacobys ein. Im Auftrage Bismarcks erklärte Delbrück, für die etwaige Rechtsverletzung trüge der Bundes-

kanzler keine Verantwortung; für ihre dienstlichen Handlungen schuldeten die Militärs nur dem Könige Treue und Gehorsam. In der Debatte sprach am besten Windthorst: „Bei den jetzigen Maßregeln der Regierung wäre es von Wichtigkeit, bei der Regelung der gegenseitigen Ländergebiete auch Savonne zu annektieren. Gerade in Zeiten, wie den jetzigen, müssen Rechte, wie das Vereins- und Presserecht, hochgehalten werden. Die böse Zeit ist der Proberstein derselben.“ Die bürgerlich-respektablen Parteien von dazumal haben sich, wie gewöhnlich, verteuert wenig um das Unrecht gekümmert, das armen Teufeln zugefügt wurde, aber wenn einer von ihnen ohne Urteil und Recht hinter die schwebenden Gardinen gesteckt wurde, so haben sie sich ganz wacker gerührt, und das ist wenigstens etwas.

Schließlich sei noch ein Blick auf die Freiheit gestattet, die im Kriegsjahre 1870 Scherz und Satire genossen. Damals erschien in Berlin ein Witzblatt, das dem „Kladderadatsch“ einige Konkurrenz machte, aber seit Jahrzehnten versunken und vergessen ist. Da ich gelegentlich jugendliche Verse hineinschickte und der Mensch seine Sünden immer vor Augen behalten soll, um nie wieder in sie zu verfallen, so habe ich die Nummern von 1870 aus dem Strom der Zeiten gerettet und will einige Proben daraus geben, zum Vergleich mit dem heutigen Witz.

Als die Kaiserdeputation des Reichstags unter Führung des Präsidenten Simon nach Versailles ging, hieß es:

Die Kaiserkrone ist unterwegs  
Auf Simons' Leiterwagen, —  
Die Reue Aera steigt empor,  
Bald wird sie glänzend tagen.

Verändern wird sich manches Schild,  
Und die sich königlich nannten,  
Sie kriegen annoch ein goldenes A., —  
Wie freuen sich die Postlieferanten!

Zwar ist das simple A. sehr hübsch,  
Doch doppelt ist's köstlich zu lesen,  
Das flammende Zwillingss-A.  
Ist gar ein himmlisches Wesen.

Ja, Scherz bei Seite! Wir werden nun,  
Um neuen Ruhm zu gewinnen,  
Mit Gott für Kaiser und Vaterland  
Die neuen Kriege beginnen.

Und in einem Weihnachtstede heißt es über die Kaiserkrone, die Verträge mit den Süddeutschen Staaten, die Annexionen:

Nun sah'n die Kinder mit gewisser Scheu  
Die Kaiserkrone funkelndgelbeu  
Hoch oben, solch ein Leuchten sah'n sie selten,  
Von Golde schwer und Steinen, schwarzweißrot,  
Und Perle und Demant. Was mag das Lot,  
Was mag das Pfund an neuen Steuern gelten?

Daneben wallt von jedem Tannenzweig  
Ein buntes Banner, tier- und wappenreich,  
Von jedem Ländchen eine Fahnenprobe.  
Statt einer Trikolore gab's, mit Fleisch  
Gemacht aus farbigen Fäden duftendweiss,  
So was wie Papagenos Garderobe.

Fast völlig deckt dies Vinnen und Ratten,  
Was ihren Blicken sich wollt zeigen nun:  
Die neuen, höchst kostspieligen Provinzen,  
Die Kriegsgefangenen und die Kriegstrophäen  
(O, welche Masse! Raum zu übersehen!)  
Und der Feldmarschallstab der beiden Prinzen.

Man frug die Kinder wohl mit stolzem Ton:  
Ist das nicht groß? Was sagt ihr nun davon?  
Befriedigt euch, was euch dies Jahr beschieden?  
Sie sprachen: Ruhm genug bracht' uns die Zeit,  
Doch immer noch fehlt eine Kleinigkeit:  
Ein bißchen Freiheit und ein bißchen Frieden!

Das ist recht harmlos, gewiß, aber was heute an den Stellen, wo diese bescheidenen Zeilen verdorrt sind, im Schatten des Burgfriedens wächst, ist lange nicht so ehrlich, und ist auch nicht einmal so witzig.

Es mag an diesen Erinnerungen aus dem Kriegsjahre 1870 genug sein. Sie genügen schon, um zu zeigen, daß in jenem Jahre ein Burgfriede unter militärischer Diktatur von niemanden als eine Lebensfrage der nationalen Existenz betrachtet worden ist. Von den Parteien nicht, deren keine ihn gehalten, geschweigne denn beansprucht hat, und auch von der Regierung nicht, deren oberstes Haupt vielmehr den ersten Anlauf dazu zerrät, in der sehr gerechten Befürchtung, daß dadurch die deutschen Interessen gegenüber den ausländischen Mächten empfindlich geschädigt werden würden.



Parteilichkeiten — unter denen so mancher in der Parteibewegung ergrauter Kopf vorhanden war — besuchte Versammlung in ein dreifaches Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ihr Ende.

Eine vernichtende Absuhr holten sich am Sonnabend die Braunschweiger Parteivorstandsanhänger. Sie hatten eine große öffentliche Volksversammlung nach dem Unionsaale einberufen, für welche mit allen Mitteln Klammern gemacht worden war. Die ganze Einwohnerchaft Braunschweigs und der Umgebung war eingeladen, auch durch Anzeigen in der bürgerlichen Presse. Als Referent war Herr Landsberg, Reichstagsabgeordneter für Magdeburg, vorgezogen. Die Versammlung war sehr gut, von annähernd 600 Personen, besucht. Der Einberufer der Versammlung, Herr Steinbrecher, hatte schon vor der Versammlungseröffnung das Bureau gebildet, das auch mit ihm und dem erschienenen Referenten auf dem Podium Platz nahm. Herr Steinbrecher eröffnete die Versammlung und erteilte ohne weiteres Herrn Landsberg das Wort. Aber die Versammlung protestierte lebhaft. Genosse Köhn und Genosse Wittmann erbat und nahmen sich das Wort zur Geschäftsordnung. Sie stellten den Antrag auf Vornahme der Bureauwahl. Nach längerem Sträuben mußte Steinbrecher dem juristischen Verlangen der Versammlung nachkommen. Das Bureau wurde aus den Genossen Genzen und der Genossin Menge als Vorsitzende und dem Gen. Otto Fischer als Schriftführer gebildet. Herr Landsberg konnte nun seinen Vortrag beginnen, nachdem ihm auf einen Geschäftsordnungsantrag eine einstündige Redezeit, während ein noch zu bestellender Korreferent eine halbe Stunde Redezeit erhalten sollte, zugewilligt war. Die Ausführungen des Herrn Landsberg waren in der Form sehr gut, ein liebliches Gefasel, durchsetzt von schönen Zitate aus Goethe, Schiller, Lessing usw. Auch einige Forderungen, wie man sie sonst in Wahlreden aufstellt, erhob er und beklagte arg das Elend des Krieges. Inhaltlich war die Rede — nun es ist besser, im Interesse des Herrn Landsberg, darüber zu schweigen. Nachdem Herr Landsberg die Geduld der Versammlung längst über eine Stunde in Anspruch genommen hatte, und sich einige Unruhe bemerkbar machte, glaubte er die Anwesenden durch Redensarten, wie: „Sie scheinen mir unabhängig von jedem Verstand zu sein“ und ähnliche Bemerkungen provozieren zu können. Die Versammelten waren politisch zu geschult, um darauf hereinzufallen.

Nach Herrn Landsberg ergriff Genosse Dertter das Wort. In einer halbständigen Rede ging er der Politik der Fraktionsmehrheit und des Herrn Landsberg im besonderen zu Leibe. Es war eine scharfe Abrechnung mit der Fraktionsmehrheitspolitik und ihren Anhängern hier in Braunschweig. Minutenlangem Beifall unterbrach die Ausführungen des Genossen Dertter, der zum Schluß eine Resolution vorlegte, in der es u. a. heißt:

„Die am 10. Juni 1917 im Unionsaale tagende Volksversammlung verwirft die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die einen Verrat an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und des internationalen Proletariats darstellt. Eine Friedenspolitik, die der Fortführung des Krieges im imperialistischen Interesse die Mittel gewährt, ist Deuselei.“

Die Versammelten sprechen ihre Verachtung jenen verdächtigen Personen aus, die durch die Spaltung der sozialdemokratischen Parteiorganisation und das Verschandern des „Volksfreunds“ an den Parteivorstand der Arbeiterbewegung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete den schwersten Schaden zugefügt haben. Sie brandmarken die Ohlendorf, Riese, Steinbrecher, Jasper, Vogler, Ritter und ihre Kreaturen als Verräter an der Sache der Braunschweiger Arbeiterklasse.“

Nach kurzen Schlussworten des Referenten und Korreferenten wurde diese Resolution mit allen gegen etwa 40 Stimmen angenommen, ein Ergebnis, das braufenden Beifall auslöste. Genosse Genzen schloß hierauf die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

## Für die Frauen.

An die sozialistischen Frauen aller Länder! Der unvermeidliche Klärungsprozeß innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hat außer anderen üblichen, schmerzlichen Begleitererscheinungen auch bewirkt, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei mit der Redaktion der „Gleichheit“ entzogen hat, die ich im 37. Jahrgang leitete. Der wahre Grund seiner Maßregel ist die grundsätzliche Haltung der Zeitschrift. Sie der Auffassung der sozialdemokratischen Mehrheitsregierungspolitik der Sozialdemokratie gützuheiken, ja als geschichtliche Großtat zu preisen, das dünkte mir ein Verrat an den Forderungen des internationalen Sozialismus. Zu dieser Politik zu schweigen, wäre unwürdige Feigheit gewesen.

Denn die Aufgabe, die Existenzberechtigung der „Gleichheit“ war es, den Zielen des internationalen Sozialismus zu dienen. Sie sollte die Frauen des arbeitenden Volks mit der tatgebaren Erkenntnis erfüllen, daß nur der Sozialismus der Heiland, der große weltgeschichtliche Erretter ist, der allen volles freies Menschentum verbürgt. Sie sollte dazu beitragen, dem Sozialismus die reichen Springquellen geistiger und sittlicher Werte dienstbar zu machen, die in den breitesten Frauenmassen heute oft unterirdisch rauschen, ungekannt und ungenützt. Damit war die Verpflichtung gegeben, auch die auftauchenden Zeit- und Streitfragen an den Ideen und Idealen des internationalen Sozialismus zu messen, unbekümmert um Tagesmeinungen, ohne Weizen nach Beifall, ohne Scheu vor Tadel, furchtlos und trenn angeht von Haß und Gefahren. Ich habe meine Kraft daran gesetzt, dieser Verpflichtung in der „Gleichheit“ gerecht zu werden. Auch in den schweren Zeiten, die der

Weltkrieg für die Sozialdemokratie, das Proletariat allerwärts gebracht hat, ja gerade erst recht in diesen Zeiten, wo es scheint, daß der Imperialismus die Wirkung des Turmbaus zu Babel auf die Sozialisten, die Proletarier aller Länder ausgeübt hat. Meine Maßregelung ist die Folge dieser meiner betätigten Ueberzeugung.

Die Umgestaltung der „Gleichheit“ ist nicht bloß eine Angelegenheit der deutschen Genossinnen, sie berührt vielmehr die Interessen der organisierten Sozialistinnen aller Länder. Die „Gleichheit“ war das geistig führende und verknüpfende Organ der sozialistischen Fraueninternationale. So hatten es die internationalen sozialistischen Frauenkonferenzen zu Stuttgart und Kopenhagen beschlossen. Für ihren Beschluß ist aber keineswegs der Umstand bestimmend gewesen, daß die „Gleichheit“ als ein Organ unter vielen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erschien, und daß der Vorstand dieser Partei als ihr Vertreter und Geschäftsführer nach bürgerlichem Eigentumsrecht Besitzer, nach Parteirecht Aufsichtsinstant der Zeitschrift war. Ausschlaggebend war die internationale Verbreitung und das internationale Ansehen der „Gleichheit“, war das Vertrauen, das die Genossinnen aller Länder ihr schenken, weil das Blatt sich bemühte, den oben angeführten Grundsätzen entsprechend die verschiedenen Seiten der Frauenfrage in ihren allgemeinen sozialen und geschichtlichen Zusammenhängen im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus zu erfassen und darzustellen. Ausschlaggebend war, daß die „Gleichheit“ von mir geleitet wurde, der Internationalen Sekretärin, die das Blatt in Ueber-einstimmung mit den Richtlinien und Beschlüssen unserer Internationalen Frauenkonferenzen und der großen allgemeinen internationalen Sozialistenkon-gresse redigierte, die durch langjähriges Studium und Zusammenarbeiten mit den führenden Genossinnen aller Länder einen Ueberblick über die gesamte sozialistische Frauenbewegung hatte, in deren Händen die verbindenden Fäden von überall her zusammenliefen, die aufklärenden Berichte, die vorwärtstreibenden Anregungen sich sammelten.

Die sachlichen und persönlichen Vorbedingungen für das internationale Organ der sozialistischen Frauen können aber nicht auf Befehl des sozialdemokratischen Parteivorstandes von einer Redaktion auf die andere übertragen werden, wie der Name der „Gleichheit“ auf ein Blatt, das ihr weisensfremd ist. Die „gereinigte Gleichheit“ kann nicht das Organ der sozialistischen Fraueninternationale sein. Sie ist für diese nicht mehr wie jedes andere Blatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, eines ihrer Organe unter vielen. Die Genossinnen aller Länder stehen zu ihr in keinem anderen Verhältnis wie zu den übrigen Blättern dieser Partei, nicht aber in einem besonderen Vertrauensverhältnis. Das um so weniger, als die „Gleichheit“ fortan im Gegensatz zu ihrer früheren grundsätzlichen Haltung geleitet werden soll.

Die Berichte, Beiträge usw. der Genossinnen der einzelnen Länder sind infolge dieser Situation nach wie vor an mich, als die Internationale Sekretärin, zu senden. Für ihre Veröffentlichung und Verbreitung zu sorgen ist auch weiterhin meine selbstverständliche Pflicht. Die Sozialistische Fraueninternationale ist trotz meiner Maßregelung in der sozialistischen Presse nicht obdachlos geworden. Ein Ersatzblatt für die „alte“ Gleichheit wird demnächst erscheinen. Die Vorbereitungen dafür stehen vor ihrem Abschluß. Davon abgesehen wird es den Tageblättern der Unabhängigen Sozialistischen Partei eine selbstverständliche Pflicht und eine Ehre sein, zu veröffentlichen, was die Internationale Sekretärin ihnen einfindet. Ich werde Vorsorge treffen, daß diese Veröffentlichungen den korrespondierenden Genossinnen aller Länder regelmäßig zugehen. Besondere Zirkulare, Mitteilungen usw. meinerseits werden Berichte und Anregungen vermitteln und den Gedankenaustausch der Genossinnen, ihre Beziehungen zu einander lebendig zu erhalten.

Ich hoffe, daß unsere ausländischen Genossinnen mit dieser vorläufigen Regelung der Frage einverstanden sein werden, bis eine Internationale Frauenkonferenz sie endgültig entscheidet. Ich vertraue darauf, daß sie Treue für Treue halten und einmütig zu den Grundsätzen stehen, für deren konsequente Verteidigung, die „alte“ Gleichheit gefallen ist. Wir Frauen, die wir im internationalen Sozialismus das Land der Sehnsucht für unsere Seelen gefunden haben, das Menschheitsvaterland nachwachsender, freier Geschlechter, wir Frauen dürfen kein Vaktieren mit grundsätzlicher Heiligkeit und Schwäche kennen. Unser Platz ist dort, wo das reine rote Banner weht. Die „alte“ Gleichheit ist tot. Es lebe der internationale Sozialismus. In seinem Zeichen grüße ich die sozialistischen Frauen aller Länder!

Clara Zetkin, Internationale Sekretärin.

Fortschrittliche Frauen für das politische Wahlrecht der Frauen. In einer Versammlung der Fortschrittler in Frankfurt a. M. wurde nach lebhafter Aussprache für und gegen das Frauenstimmrecht ein von den weiblichen Mitgliedern des Vereins eingebrachter Antrag mit Mehrheit angenommen. Danach wird der fortschrittliche Verein ersucht, bei den Fraktionen der fortschrittlichen Volkspartei im Reichstage und Landtage mit Nachdruck dahin zu wirken, daß sie bei der Verfassungsrevision sowohl für das aktive, als auch für das passive Wahlrecht der Frauen unter den gleichen Bedingungen wie für die Männer eintreten und bei jeder gegebenen Gelegenheit für die absolute Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne ihre Stimme abgeben.

Der Frauen-Reichsausschuß der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands hat in seiner ersten Sitzung, die am Sonntag in Berlin stattfand, folgende Entschließung gefaßt:

„Die Gesamtentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, wie sie namentlich während des Krieges hervorgetreten ist, steht in unverföhllichem Widerspruch zu den Interessen des Proletariats.“

Mehr als je ist es deshalb Pflicht aller unabhängigen Sozialisten, durch eine grundsätzliche, zielklare Politik um die Verwirklichung der Ideale des internationalen Sozialismus, der Völkerverbrüderung und der Demokratie zu ringen und einem Frieden der Völkerverständigung die Wege zu ebnen. Der Opportunismus der Regierungsozialisten hat die arbeitenden Massen schwer geschädigt. Ihre nationalitätsgerechte Politik und ihr Verhalten zum U-Boot-Krieg hat das Mißtrauen unter den Proletariern der verschiedenen Nationen geschürt und die Friedensströmungen in den einzelnen Ländern zurückgedrängt. Sie tragen damit ein gerüttelt Maß von Schuld an der Verlängerung des Blutvergießens.

Ihre zweideutige Haltung in der inneren Politik, bei der Budgetbewilligung, ihre Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz und ihre schwächliche Haltung in den Steuerfragen, und ihre gesamte Taktik auch außerhalb des Parlamentes hat zu einer starken Verwirrung der Massen geführt, ihre sozialistische Ueberzeugung erschüttert und dadurch den Aufstieg der Arbeiterklasse gehemmt.

Millionen Frauen stehen in schwerster Brotfront, die ihre Kräfte zermüht, ihre Gesundheit untergräbt, während ihre Seele erfüllt ist vom Leid und der Sorge um ihre Lieben im Felde und ihre Kinder daheim, die ohne Vater- und Mutterfürsorge aufwachsen.

Die Arbeitslast im Dienste des Kapitals wird verschärft durch die volle Bürde der Hausfrau, die bei der Lebensmittellknappheit und der ungeheuren Lebensmittelerhöhung schmerzhaft drückend ist.

Inbrünstig sehnen sie den Frieden herbei, verlangen sie nach einer besseren Ernährung, nach Schutz für ihre Gesundheit und Arbeitskraft, nach Fürsorge für ihre Kinder, nach politischen Rechten, um selbst ihre Interessen in Gesetzgebung und Verwaltung wahrnehmen zu können.

Eine kraftvollere Vertretung ihrer Interessen, eine volle Würdigung ihrer politischen Bedeutung und eine freudige Begrüßung als willkommene Bundesgenossen, finden die Frauen nur in der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die sehr dagegen die Regierungsozialisten jede zielklare grundsätzliche Politik verabscheuen, haben sie durch die Verfolgung jeder selbständigen Bewegung innerhalb des Proletariats, und zuletzt noch bewiesen durch die Maßregelung der Genossin Zetkin und die Umwandlung der „Gleichheit“ in ein nationalliberales Blatt.

Der Frauen-Reichsausschuß ruft deshalb alle Genossinnen auf, die, trenn zu den Grundsätzen des internationalen Sozialismus stehend, sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei anschließen haben, eine rege Werbetätigkeit unter den proletarischen Frauen in allen Gauen Deutschlands zu entfalten, sie aus ihrer Teilnahmslosigkeit, der Parteiverdrösslichkeit, aufzurütteln, sie in unsere Organisationen zuzuführen, ihnen Berater und Begleiter zu sein.

Bei der Lösung der großen Aufgaben, die unserer Partei harren, bedürfen wir der Kräfte aller und nicht zuletzt derer unserer Arbeitsschwester.

Deshalb auf, ans Werk!

Tue jede ihre Pflicht!

Der Erfolg wird die Mühe lohnen!

Zur Maßregelung der Genossin Zetkin und zur Frage eines neuen Frauenorgans nahm der Reichsausschuß der Frauen der Unabhängigen Sozialdemokratie wie folgt Stellung: Er begrüßt es, daß die Zentralleitung unverzüglich alle Schritte getan hat, um an Stelle der unterdrückten „Gleichheit“ ein neues Organ für die Frauen zu schaffen, das auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Frauenkonferenzen und der allgemeinen internationalen Sozialistenkon-gresse steht.

Der Ausschuß dankt der Genossin Zetkin, daß sie die „Gleichheit“ mehr als ein Viertelsjahrhundert — auch unter dem Belagerungsdruck — im Geiste dieser Grundsätze unbeirrt geleitet und so für den Klärungsprozeß, der sich innerhalb der Sozialdemokratie vollzieht, in hervorragender Weise mitgewirkt hat.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat durch die Entfernung der Genossin Zetkin aus der Redaktion der „Gleichheit“ und ihren Ersatz durch einen der wandlungsfähigsten Regierungsozialisten, sowie eine weibliche Strohuppe, klar bewiesen, daß die „Gleichheit“ fortan dem Zweck dienen soll, auch die Frauen sozialimperialistisch zu verführen und dem proletarischen Klassenkampf abwendig zu machen.

Dieser Parteivorstand hat zu seinen vielen brutalen Gewaltstreich gegenüber deutschen Genossen nicht nur einen neuen hinzugefügt, er hat nicht nur in der schändlichsten Weise Meinungsfreiheit, aufrechtes Denken, echte sozialdemokratische Politik unterdrückt, sondern er hat mit seiner Maßregelung der Genossin Zetkin auch der gesamten Internationale einen Schlag ins Gesicht versetzt. Hätte er auch nur die geringste Achtung vor der Internationale, so würde er nicht durch einen Willkürakt das Blatt, das bisher das Organ der sozialistischen Frauen der Welt war, über deren Kopf hinweg in den Dienst der deutschen Regierungsozialisten gestellt haben.

Alle sozialistischen Frauen, die Wert darauf legen, selbständig zu denken, die erkannt haben, daß ihr Befreiungskampf nur Erfolg haben kann durch unerschütterliches Festhalten an den Grundsätzen des internationalen Sozialismus, werden sich mit Verachtung abwenden von der sozialimperialistischen „Gleichheit“, die ihnen Verrat an ihrer eigenen Sache, an der Zukunft der proletarischen Frauen bedeutet.

Sie werden dagegen mit aller Kraft wirken, daß das von der Genossin Zetkin geleitete neue Frauenblatt in den Kreisen der Frauen in Massen verbreitet und zu dem geistigen Bindeglied aller aufrechten Sozialistinnen wird.

Verantw. Redakteur: E. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Druck: Maurer & Dinnick, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.